

DIE ANWÄLTE

EINE DEUTSCHE GESCHICHTE



ein Dokumentarfilm
von Birgit Schulz

mit
Otto Schily, Hans-Christian Ströbele, Horst Mahler

Begleitendes Unterrichtsmaterial für Lehrer/Innen

DIE ANWÄLTE - EINE DEUTSCHE GESCHICHTE

Buch und Regie	Birgit Schulz
Dramaturgische Beratung	Heiner Stadler
Kamera	Isabelle Casez, Axel Schnepapat
Ton	Pascal Capitolin, Jens Krähnke
Schnitt	Katharina Schmidt
Musik	Pluramon
Produktionsleitung	Monika Mack, Jorge Bogalho (WDR)
Postproduktion	Jörg Kobel
Produzentin	Sabine de Maradt
Redaktion	Christiane Hinz, WDR; Andrea Ernst, WDR/ARTE; Silvia Gutmann, NDR; Jens Stubenrauch, RBB

In Koproduktion mit WDR, NDR, RBB; in Zusammenarbeit mit ARTE

Gefördert von der Filmstiftung Nordrhein-Westfalen, der FFA und dem DFFF

Mit Otto Schily, Hans-Christian Ströbele, Horst Mahler

Länge: 92 Minuten

Format: 1:1,85 Dolby SR

Verleih:

REAL FICTION FILMVERLEIH

Telefon 0221-95 221 11

info@realfictionfilme.de

www.realfictionfilme.de

Produktion:

BILDERSTURM Filmproduktion GmbH

Telefon 0221-25 85 700

info@bildersturm-film.de

www.bildersturm-film.de

INHALTSANGABE

Einleitung	4
Filminhalt	5
Didaktische Hinweise	6
Das Nachkriegsdeutschland: Der Umgang mit dem Nationalsozialismus	8
Aufbruchstimmung: Sozialistisches Gedankengut an den Universitäten	10
Stellvertreterkonflikte: Der Schah und Vietnam	11
Innenpolitik: Die Notstandsgesetze	13
Meinungsmache: Konservative Medien schlagen zurück	14
Radikalisierung: Die sozialliberale Koalition enttäuscht viele Studenten	15
Die RAF und andere: Terror in der 1., 2., 3. Generation	16
Von Wyhl bis Mutlangen: Das Erstarken von Anti-Atomkraft- und Friedensbewegung	19
Von der Straße ins Parlament: Der Protest domestiziert sich	21
Für viele undenkbar: Die deutsche Wiedervereinigung und das Erstarken der Rechten	23
Ein ganz anderer Terror: Nach dem 11. September 2001	24
„Nur Idioten ändern sich nicht“ (?): Drei Lebensläufe gehen auseinander	25
Chronik	27
Quellentexte	34

EINLEITUNG

Dieses Begleitheft zum Film „DIE ANWÄLTE – EINE DEUTSCHE GESCHICHTE“ will Hintergründe für den Einsatz des Films in der Schule – insbesondere im Geschichts- und Politikunterricht – sowie in der außerschulischen politischen Bildungsarbeit geben. Es richtet sich daher überwiegend an Lehrerinnen und Lehrer sowie an Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II.

Das Heft ergänzt den Film vor allem um historische Informationen zur bundesdeutschen Geschichte im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts, die man bei jungen Menschen nicht ohne weiteres voraussetzen kann. Es liefert Einblicke in die politisch-gesellschaftliche Situation der Bundesrepublik Mitte der 1960er Jahre, stellt die Aufbruchstimmung an den Universitäten in dieser Zeit vor und erläutert, warum die Studenten so vehement gegen ihre Elterngeneration rebellierten. Die Aktivitäten der Rote Armee Fraktion und die Schwierigkeiten ihrer Strafverteidiger werden beschrieben. Es zeigt die Entstehung der Umwelt- und Friedensbewegung und die Gründung der Grünen auf. Der Wiedervereinigung folgt ein Erstarken der Rechten in Deutschland. Die Anschläge des 11. September führen zu einer massiven Verschärfung der Sicherheitsgesetze.

Allen Lehrenden und Lernenden wünschen wir interessante und anregende Lernerlebnisse mit dem Film und diesen Materialien

Die Herausgeber

FILMINHALT

DIE ANWÄLTE – EINE DEUTSCHE GESCHICHTE

Ein Foto ist der Ausgangspunkt für diesen Film, ein Foto, das drei Männer in einem Berliner Gerichtssaal abbildet: Otto Schily, Hans Christian Ströbele und Horst Mahler, Anfang der 70er Jahre. Damals sind alle drei Anwälte der APO, der linken außerparlamentarischen Opposition. Mahler sitzt auf diesem Bild auf der Anklagebank; Schily und Ströbele sind seine Verteidiger. Den Staat, die Bundesrepublik Deutschland, sehen sie als Unterdrücker politischer Freiheit und als Vasallen der USA. Die drei Anwälte wollen eine andere Republik.

Uneins sind sie sich über den Weg dorthin. Mahler hat einen Molotow-Cocktail geworfen und versucht, der RAF Waffen zu besorgen; die Waffen der beiden anderen sind Worte. Was diese drei Männer damals verbindet, ist der Kampf für ihre Vorstellungen von einer „linken Gerechtigkeit“. Gemeinsam gehen sie das Risiko ein, sich öffentlich mit Menschen zu solidarisieren, die als Staatsfeinde gelten und führen spektakuläre politische Prozesse: Sie legen sich mit Axel Springer an, mit Polizeipräsidenten, hohen Richtern und verbringen manches Wochenende miteinander.

Heute ist der eine SPD-Bundesinnenminister a.D., der andere ist das linke Gewissen der Grünen im Bundestag und der dritte eine zentrale Figur der rechten Szene. Sie decken das politische Spektrum der Bundesrepublik ab: Ströbele ist der unbeirrbar Linke, Schily der Bürgerliche in der konservativen Mitte, Mahler der Rechtsextreme.

Heute, 38 Jahre später, wäre es nicht mehr möglich, das Trio für ein gemeinsames Foto zu gewinnen. Schily und Ströbele gehen sich aus dem Weg, beide meiden jede Nähe zu Mahler.

Der Film verfolgt die Biografien von drei Männern, die derselben Generation angehören und die sich in derselben bundesdeutschen Wirklichkeit entwickelt haben. Regisseurin Birgit Schulz untersucht, was diese Männer geprägt hat, welche politischen Ideale sie verbunden haben und an welchen Punkten sie drei ganz unterschiedliche Wege eingeschlagen haben, um am Ende Gegner zu werden.

Der Film erzählt zunächst von großen Lebensträumen, dann von Entfremdungen, Verletzungen und aufgekündigten Beziehungen und zu guter Letzt von neuen Träumen. Während der Dreharbeiten wurden die drei mehrere Tage lang interviewt. Im Verlauf der Gespräche kam es zu vielen intimen und berührenden Aussagen, die diese deutsche Geschichte in die Tiefe führen.

Fast erscheint, was in den einzelnen Biografien auf den ersten Blick widersprüchlich aussieht, im Verlauf der Geschichte logisch. Denn in sich und getrennt voneinander betrachtet, haben alle drei Lebensläufe eine gewisse Konsequenz – und jeder der drei würde immer von sich behaupten, dass er sich selbst über all die Jahre treu geblieben ist...

DIDAKTISCHE HINWEISE

Vor dem Filmbesuch

Dieses Heft regt zur Vorbereitung auf den Filmbesuch an. Beispielsweise können die unterschiedlichen Themenkapitel einzeln oder in Kleingruppen erarbeitet und dann der Gesamtgruppe präsentiert werden. Dadurch erlangen Schülerinnen und Schüler im Vorfeld ein besseres Verständnis für diese Epoche und die Motive der Handelnden. Sie werden dadurch beim Filmbesuch historische Bezüge einfacher herstellen können.

In dieses Heft sind neben erläuternden Texten im hinteren Teil zudem einige historische Quellen-Texte aufgenommen, aus lizenzrechtlichen Gründen jedoch keine Fotos. Diese können von Schülerinnen und Schülern jedoch zur Illustration ihrer vorbereitenden Arbeits-Ergebnisse gegebenenfalls selbst im Internet recherchiert werden.

„Warum hat die deutsche Jugend in den 60er Jahren so massiv rebelliert?“ ist eine der Leitfragen. Für heutige Jugendliche und junge Erwachsene ist es schwer nachvollziehbar, warum die Generation ihrer Mütter und Väter, ja teilweise ihrer Großmütter und -väter, in den Jahren um 1968 in einer Studentenrevolte rebellierte. Noch viel schwieriger ist für sie zu verstehen, warum einige ihrer Vertreter eine solche Vehemenz und Militanz an den Tag legten, dass sie sogar zur Waffe griffen. Das Phänomen der Rote Armee Fraktion (RAF) und anderer militanter Gruppierungen werfen für Jüngere manche Frage auf:

- Was waren die Motive ihrer Rebellion?
- Was empfanden sie als so kritikwürdig an der westdeutschen Republik?
- Was ließ die Konflikte zwischen dem Staat und seinen radikalen Kritikern so sehr eskalieren?
- Wohin führte die Militanz?
- Wieso ebte die Rebellion später ab, was trat an ihre Stelle?
- Welchen Einfluss hatte diese Epoche auf die spätere Geschichte West- und Gesamt-Deutschlands?

Nach dem Film

Die Arbeit mit dem Film sollte sich jedoch nicht allein im Nachvollziehen der Geschichte der drei Protagonisten und der Generation der „68er“ erschöpfen. Stattdessen bietet es sich an, den Film auch als Quellensammlung kritisch zu betrachten. Er umfasst im Wesentlichen zwei historische Quellenarten:

Zum einen sehen wir die drei Zeitzeugen Schily, Ströbele und Mahler im Interview in der Gegenwart des Jahres 2009. Alle drei sind als Berufspolitiker erfahrene Medienprofis, vermutlich wird keiner sich eine Aussage entlocken lassen, die er öffentlich nicht machen will. Eine quellenkritische Auseinandersetzung könnte die Fragen umfassen:

- Was sind die Motive für ihre Aussagen?
- Wie stellen sie sich selbst dar?
- Wie stellen sie ihre Vergangenheit dar?
- Wie stellen sie die jeweils anderen beiden Anwälte dar?

- Mit welchen Aussagen erscheinen sie glaubwürdig und warum ist das so?
- Welche Aussagen erscheinen zweifelhaft oder unglaubwürdig und weswegen?
- Gibt es Unterschiede in ihrer Glaubwürdigkeit, wenn sie über sich selbst reden und wenn sie über andere Menschen oder Ereignisse reden? Wenn ja, welche?

Die zweite wesentliche Quelle sind zahlreiche Filmausschnitte, die zwischen 1967 und 2003 entstanden. In vielen historischen Ausschnitten werden ebenfalls die drei Anwälte zitiert. Es gibt Szenen, deren Originalton entfernt wurde, und die im Film durch die Gegenwarts-Interviews oder durch die Musik einen neuen Kommentar erhalten. Im Vorspann wird eine Einleitung gegeben.

Des Weiteren sind auch einige Szenen enthalten, die den alten Original-Kommentar beibehalten haben. Hier verbindet sich eine quellenkritische mit einer medienkritischen Analyse:

- Was sagen die unterschiedlichen Szenen aus?
- Warum hat die Filmemacherin sie ausgewählt?
- Warum hat sie den Ton aus den Gegenwarts-Interviews unter einige der älteren Filmausschnitte gelegt?
- Was bewirkt die in den Film integrierte Musik, die aus dem Jahr 2009 stammt?
- Welche Aussage erzielt sie mit der Reihenfolge der unterschiedlichen Filmausschnitte?

Der Dokumentarfilm wird von Filmkritikern unterschiedlich eingeschätzt. Es gibt zu ihm positive wie eher kritische Beurteilungen.

- Arbeiten Sie die beiden folgenden Einschätzungen durch!
- Recherchieren Sie im Internet weitere Rezensionen!
- Sammeln Sie Argumente für und gegen den Film und tragen Sie sie auf der Tafel oder einer Wandzeitung zusammen!
- Erinnern Sie sich an Ihre eigene spontane Einschätzung beim Sehen des Films, bilden Sie sich eine eigene Meinung und vertreten Sie sie in einem Rollenspiel oder in einer Diskussion!

Prädikat: „Besonders wertvoll“

Die FBW - Deutsche Film- und Medienbewertung in Wiesbaden hat das Prädikat „Besonders wertvoll“ an DIE ANWÄLTE - EINE DEUTSCHE GESCHICHTE vergeben:

„Horst Mahler, Otto Schily und Hans-Christian Ströbele: drei Köpfe der 68er, umstrittene Persönlichkeiten und politische Wegbegleiter durch bewegte Kapitel der deutschen Geschichte, von der RAF bis zur aktuellen Terrorismus-Debatte. Die informative und ebenso mutige Dokumentation stellt historisches Bildmaterial den aktuellen Interviews gegenüber und zeichnet so auch deren höchst unterschiedliche Werdegänge nach. Durch einen persönlich gefärbten Zugang zu den politischen Abläufen wird dem Zuschauer viel Raum für eigene Schlussfolgerungen gelassen. So entsteht ein brisanter Film, der durchaus eine Herausforderung darstellt und Material für heiße Diskussionen liefert. Endlich wieder ein extrem spannender, politischer Dokumentarfilm mit viel Zündstoff!“

Quelle: www.fbw-filmbewertung.com/film/die_anwaelte_eine_deutsche_geschichte

Die Anwälte – eine deutsche Geschichte

„Der Dokumentarfilm „Die Anwälte“ geht mit seinen Protagonisten ins Gericht, und zwar buchstäblich. In einem Verhandlungssaal interviewt Birgit Schulz den ehemaligen Innenminister Otto Schily, den Grünen-Abgeordneten Hans Christian Ströbele und den mittlerweile im rechtsradikalen Lager agierenden Horst Mahler. Damit kehrt die Regisseurin zu dem Schauplatz zurück, an dem die drei Anwälte vor fast vier Jahrzehnten noch am selben linken Strang zogen. Ein Foto aus der gemeinsamen Kampfzeit wird zum Ausgangspunkt eines Films, der brav und beflissen Archivaufnahmen zwischen die Kommentare der Porträtierten montiert.

Bei aller Fleißarbeit scheut sich Birgit Schulz jedoch, die Interviewten mit eigenen, querschlägerischen Fragen aus der Reserve zu locken. Unwidersprochen lässt sie Otto Schilys Selbstgerechtigkeit stehen („Nur ein Idiot ändert sich nicht“) und bestätigt seine Politik durch die Auswahl des historischen Materials. Bevor Schily auf seine Sicherheitspakete nach den Anschlägen von 9/11 zu sprechen kommt, werden in aller Ausführlichkeit Bilder des Attentats gezeigt.

Der normalerweise zu chauvinistischen Ausbrüchen neigende Mahler wirkt hier ungewohnt zahm im Zweiergespräch, weil er ohne weiteres Nachhaken seinen extremen Werdegang erläutern darf. Letztlich wirft der Film weder neues Licht auf die Geschichte der RAF, auf die Gründung der APO und der Grünen Partei, noch werden dem Zuschauer die Menschen hinter der großen Politik nähergebracht.“

Deutschlandradio, 18.11.2009

Quelle: <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/filme/1071658/>

DAS NACHKRIEGS-DEUTSCHLAND: DER UMGANG MIT DEM NATIONALSOZIALISMUS

Wer Ende der 60er Jahre zwischen 20 und 30 Jahre alt ist, wurde während des Krieges oder in der unmittelbaren Nachkriegszeit geboren. Mit dem Erwachsenwerden erkennt diese Altersstufe, dass Teile ihrer Elterngeneration während der Nazi-Herrschaft ungeheuerere Verbrechen begangen und schwerste Schuld auf sich geladen haben.

Für viele junge Leute stellt sich neben der Frage nach der allgemeinen Verantwortung auch die der konkreten Verstrickung der eigenen Eltern ins Nazi-System. Doch nur in wenigen Familien kann darüber offen gesprochen werden. Das Thema wird tabuisiert. Viele Väter schwelgen allenfalls in Anekdoten über angebliche Heldentaten im Krieg oder über Erlebnisse in der Gefangenschaft. So findet in den ersten zwanzig Jahren nach Kriegsende weder auf gesellschaftlicher noch auf individueller Ebene eine ehrliche Aufarbeitung der Zeit von 1933 und 1945 statt.

Stattdessen konzentriert die bundesdeutsche Nachkriegs-Gesellschaft sich auf den Wiederaufbau der Wirtschaft und die Mehrung des Wohlstands. Ein historisch beispielloses Wachstum nach den großen Kriegszerstörungen belohnt diese Bemühungen. Wichtig ist ihr auch die Wiederherstellung des deutschen Ansehens in der Welt. Der Jubel um die gewonnene Fußball-WM 1954 mit dem „Wunder von Bern“ belegt dies. Das „Wir-sind-wieder-wer“-Gefühl der Deutschen zeugt von einem neuen Selbstwert, aber auch von Verdrängung und Leugnung der Verbrechen in der Nazi-Zeit.

Eine bittere Erkenntnis der jungen Generation ist in den 60er Jahren, dass im Nachkriegsdeutschland zahlreiche Ex-Nazis Karriere machen. Nur wenige werden dagegen zur Verantwortung gezogen.

Die Alliierten begannen 1946 den halbherzigen Versuch einer Aufarbeitung des Nationalsozialismus, den sie als „Entnazifizierung“ bezeichneten. Von 2,5 Millionen Deutschen, die bis 1951 das Verfahren durchlaufen, werden jedoch nur 1,4 Prozent als Hauptschuldige oder Belastete bezeichnet. Der große Rest gilt als minderbelastet, als Mitläufer oder als entlastet. Sie erhalten massenhaft den Unbedenklichkeitsschein, mit dem sie nachweisen können, keine Kriegsverbrechen begangen zu haben. Mit diesem Dokument, umgangssprachlich „Persilschein“ genannt, können sie Arbeit bekommen und eine Wohnung beantragen. Später können sie sich damit auch für den öffentlichen Dienst der jungen Bundesrepublik bewerben. Dies gilt auch für ehemalige Beamte, die zunächst aus dem öffentlichen Dienst entfernt worden waren.

Zahlreiche ehemalige Parteimitglieder und -funktionäre der NSDAP bekommen wieder Einfluss auf den Staat und finden zu Wohlstand im Wirtschaftswunderland. Ehemals hohe Wehrmachtsoffiziere und SS-Größen erhalten, auch angesichts des Kalten Krieges, in Bundesgrenzschutz, Geheimdiensten und ab 1955 in der neuen Bundeswehr wieder eine Verwendung. Öffentliche Diskussion erregt beispielsweise der Fall von Hans Globke. Er war als hoher Beamter im Reichsinnenministerium für die Umsetzung der nationalsozialistischen Rassengesetze mitverantwortlich. Ungeachtet dessen ist er ab 1953 zehn Jahre lang Staatssekretär im Bundeskanzleramt und einer der engsten Vertrauten von Kanzler Konrad Adenauer.

Zwischen 1963 und 1968 werden in drei Auschwitzprozessen in Frankfurt am Main nicht nur 25 Urteile gegen KZ-Aufseher gefällt. Es wird auch eindrücklich und in großem Maßstab über den Völkermord berichtet, den die Nazis begangen hatten. Die Berichterstattung findet ein bis dahin ungewohnt hohes Interesse in der deutschen Öffentlichkeit, und gerade junge Leute erfahren oft erstmals vom riesigen Ausmaß und der Brutalität der Verbrechen.

Sensibilisiert für das Thema, beginnen viele, ihren Eltern unbequeme Fragen zu stellen. Die ganze Elterngeneration wird von ihnen pauschal für diese Taten, ihren fehlenden Widerstand und für die meist mangelnde Bereitschaft zu ehrlicher Aufklärung angeklagt. Selten nur fragen sie, ob sie ihre Vorwürfe zu Recht oder zu Unrecht erheben – ein massiver Generationenkonflikt ist die Folge.

Viele junge Leute kritisieren die bundesdeutsche Wohlstands-Gesellschaft zudem als spießig, muffig, konsumorientiert und konservativ-autoritär. Diskussionen etwa über eine breitere demokratische Beteiligung an Schulen und Universitäten, aber auch über die gerade erfundene Pille und sexuelle Freizügigkeit, über lange Haare bei Männern, Beat- und Rockmusik, Miniröcke oder das Tragen der als „Nietenhosen“ bezeichneten Jeans tragen ebenfalls zur Distanz zwischen dem sogenannten Establishment und der rebellischen Jugend bei.

AUFBRUCHSTIMMUNG: SOZIALISTISCHES GEDANKENGUT AN DEN UNIVERSITÄTEN

In den 60er Jahren entwickelt sich besonders an den großen deutschen Universitäten eine Aufbruchstimmung. Die Welt schreit nach Veränderung, auch an den Unis. Studenten kritisieren ihre Hochschulen und die Professoren mit Parolen wie „Unter den Talaren – Muff von 1000 Jahren“.

Doch sie wollen die Analyse und Kritik der bestehenden Verhältnisse wissenschaftlich führen. Instrumentarien dazu bieten der Marxismus-Leninismus und die Kritische Theorie der Frankfurter Schule, des Instituts für Sozialforschung in Frankfurt am Main.

Viele Studenten organisieren sich im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) und in anderen linken Gruppen. Sie führen dort intensive theoretische Debatten über Strategien zur Überwindung des Kapitalismus, den sie als die Hauptursache für die bestehenden ungerechten Herrschaftsverhältnisse sowohl in Deutschland, als auch im Verhältnis zur damals so genannten 3. Welt betrachten.

Nach ihrer Analyse stehen die ausgebeutete Arbeiterklasse und das Kapital in einem historischen Konflikt. Die Arbeiterklasse muss durch eine Revolution den Kapitalismus und den ihm dienenden Staat überwinden und eine klassenlose – und damit gerechte – Gesellschaftsform errichten.

Heiß wird darüber diskutiert, wie eine Veränderung vor sich gehen kann:

- Soll eine Revolution gewaltsam stattfinden oder auf Gewalt gegen Menschen und Sachen verzichten?
- Soll sie durch einen allmählichen Wechsel, also eher als Evolution durchgeführt werden?
- Wer sind die Revolutionäre – die Arbeiterschaft als entrechtete Klasse?
- Wie radikalisiert man die Arbeiter als Subjekte der Revolution, die sich im Wohlstand und im Wirtschaftsaufschwung ja offenbar ganz wohl fühlen?
- Welche Rolle spielen die Studenten selbst, die zwar die revolutionären Notwendigkeiten erkennen, aber nun mal nicht der Arbeiterklasse bzw. dem Proletariat angehören?
- Ist die Diktatur des Proletariats das Ziel der gewollten Veränderung?
- Auch über die Rolle der damaligen sozialistischen Sowjetunion und der DDR wird heftig debattiert. Sind sie Vorbilder für eine neue, bessere Gesellschaft?

Prominente Mitglieder im SDS sind unter anderem Rudi Dutschke, Horst Mahler und Ulrike Meinhof. Der SDS löst sich 1970 auf. Zahlreiche kommunistische Gruppierungen (K-Gruppen) mit im Detail unterschiedlichen Programmen und Zielen werden zur politischen Heimat vieler seiner Mitglieder, andere gehen in die SPD. Manche seiner Mitglieder radikalisieren sich, gehen in den Untergrund und beginnen den bewaffneten Kampf. Die allermeisten jedoch treten „den langen Marsch durch die Institutionen“ an, um die Gesellschaft von innen heraus zu verändern.

STELLVERTRETERKONFLIKTE: DER SCHAH UND VIETNAM

Das Ende der 60er Jahre ist geprägt durch den Kalten Krieg. Die Sowjetunion und die USA wetteifern überall um politischen und militärischen Einfluss. Zahlreiche Konflikte werden in der ganzen Welt ausgefochten, oft von Regierungen und Befreiungsbewegungen, die sich auf die eine oder die andere Seite stellen.

Der Schah in Deutschland

Ein Beispiel dafür ist Persien, wie der Iran damals in Deutschland genannt wird. Als das Land in den fünfziger Jahren die britische Ölindustrie im Land verstaatlicht, kommt es zur Krise. In ihrer Folge wird der linksgerichtete, demokratisch gewählte und populäre Premierminister Mossadegh gewaltsam entmachtet und der ins Exil geflohene Schah (Kaiser) Reza Pahlevi wieder eingesetzt. Die Fäden dieses Putsches ziehen die britischen und US-amerikanischen Geheimdienste MI6 und CIA, weil sie eine zu große Einflussnahme der Sowjetunion auf Mossadegh befürchten. Die Bundesregierung steht vorbehaltlos hinter den USA und dem Schah. Das Schah-Regime bekämpft die Opposition mit großer Brutalität. Neben der problematischen Menschenrechtslage sind große Teile der Bevölkerung des Landes extrem verarmt. Gleichzeitig führen der Schah und seine Frau Farah Diba ein ausschweifendes, westlich orientiertes Luxusleben, das von der deutschen Regenbogenpresse ausführlich dokumentiert und verbreitet wird.

Als der Schah und seine Frau 1967 zum Staatsbesuch nach Deutschland kommen, steht am Abend des 2. Juni ein Opernbesuch in Berlin auf dem Besuchsprogramm. Zahlreiche junge Leute, überwiegend Studenten, protestieren gegen das undemokratische Regime des Herrschers und seinen wohlwollenden Empfang durch die Bundesregierung. Es kommt vor der Oper zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Mitarbeitern des persischen Geheimdienstes, die ungehindert mit langen Schlagstöcken auf die Demonstranten einschlagen. Auch die Berliner Polizei greift die Studenten massiv an, und setzt unter anderem Wasserwerfer ein. Im Laufe der Auseinandersetzungen erschießt der Kriminalbeamte Karl-Heinz Kurras den Studenten Benno Ohnesorg mit einem Schuss in den Hinterkopf. Kurras, von dem erst 2009 bekannt wird, dass er auch ein Agent der DDR ist, wird in den folgenden Prozessen freigesprochen. Ohnesorgs Vater wird dabei von Otto Schily vertreten, Horst Mahler vertritt die Witwe Ohnesorgs.

Während Kurras freigesprochen wird, wird der prominente Anarchist Fritz Teufel, der bei der Schah-Demonstration einen Stein geworfen haben soll, über ein halbes Jahr in Untersuchungshaft festgehalten.

Der gewaltsame Tod von Benno Ohnesorg löst in der kritischen Öffentlichkeit und in der Studentenbewegung Bestürzung und Wut auf den deutschen Staat aus. Er wird als Zeichen der gewaltsamen Repression des angeblich faschistischen Staates gegen die außerparlamentarische Opposition gedeutet.

Die konservativ-bürgerliche Presse, vor allem aus dem Verlagshaus Axel Springer („Die Welt“, „Bild“) wird für den Tod mitverantwortlich gemacht, weil sie die öffentliche Meinung gegen die Studentenbewegung aufgehetzt habe. Die Folge sind heftige Demonstrationen gegen Springer, Brandanschläge und die Forderung nach einer Enteignung seines Verlags.

Das Todesdatum von Ohnesorg erhält Symbolcharakter. Die Terrorgruppe „Bewegung 2. Juni“ bezieht sich mit ihrem Namen auf dieses Ereignis.

Der Vietnam-Krieg

Ein anderer internationaler Konflikt tobt in Asien. Um die westlich orientierte südvietnamesische Regierung vor der kommunistischen Guerilla Vietcong zu schützen, schicken die USA zunächst Militärberater und ab 1964 auch Kampftruppen in das geteilte Land. Bis 1969 steigt ihre Zahl auf über eine halbe Million Soldaten an. Weil sie trotz dieser massiven Aufrüstung keine militärischen Erfolge am Boden erringen können, greift die hochgerüstete amerikanische Luftwaffe das von der UdSSR und China unterstützte kommunistische Nordvietnam und später auch die Nachbarländer Laos und Kambodscha an.

Die mächtigste Militärmacht der Welt wirft in wenigen Monaten mehr Bomben auf die drei kleinen Entwicklungsländer, als während des gesamten 2. Weltkriegs in Europa fielen. Sie vergiftet Regenwälder, damit die Gegner dort keine Deckung mehr finden und setzt das hochbrennbare Napalm gegen Menschen ein. Schwere Kriegsverbrechen, wie das Massaker an 500 Bauern im Dorf My Lay, werden nur durch Zufall bekannt. Von geschätzten drei Millionen Toten des Krieges sind zwei Drittel Zivilisten. Vier Millionen Menschen werden schwer verletzt, und bleiben teils dauerhaft behindert.

Die USA werden weltweit von vielen Seiten für diese Politik scharf kritisiert, und auch in den USA selbst wächst der Widerstand. Die deutsche Bundesregierung hingegen steht fest zu ihrem wichtigsten Alliierten.

Der Vietnam-Krieg ist der erste Konflikt, der von den Medien bis in die Wohnzimmer hineingetragen wird. Engagierte Fernsehjournalisten zeigen schonungslos die Brutalität des Krieges, die Öffentlichkeit reagiert schockiert. Gerade in Deutschland, das vor nur zwei Jahrzehnten ebenfalls massiv zerstört wurde, ist das Entsetzen groß.

Die Studentenbewegung brandmarkt den US-Einsatz als aggressiv-imperialistisch und protestiert mit zahlreichen Aktionen. Ein für ihre Geschichte wichtiges Datum ist der Vietnam-Kongress in Berlin im Februar 1968, der von Rudi Dutschke mitorganisiert wird. Neben dem Krieg in Fernost thematisiert er auch die Übertragung des antiimperialistischen Kampfes in der „Dritten Welt“ auf Europa.

Der Vietnam-Kongress wird eine Zäsur, der Protest geht danach weit über die Universitäten hinaus. Man will eine revolutionäre Praxis in den Mittelpunkt rücken, sich dem Proletariat zuwenden und entsprechende Kampagnen beginnen.

INNENPOLITIK: DIE NOTSTANDSGESETZE

Es ist die Zeit der Großen Koalition, CDU und SPD regieren von 1966 bis 1969 gemeinsam. Die einzige Oppositionspartei im Deutschen Bundestag ist die kleine FDP. Die Koalition plant die Verabschiedung der sogenannten Notstandsgesetze und sie kann mit ihrer großen Stimmenmehrheit dafür sogar das Grundgesetz ändern.

Teile der Studentenschaft, aber auch Gewerkschaften und andere fürchten, dass über die Notstandsgesetze wesentliche Grundrechte der Bürger beschnitten werden können. Sie befürchten, dass die Demokratie autoritäre Züge annimmt, wenn bei echten oder vorgeblichen Krisen der „innere Notstand“ ausgerufen wird. Eine weitere Sorge ist, dass die Gesetze eine diktatorische Machtübernahme erleichtern könnten, wie Hitlers Ermächtigungsgesetz es 1933 ermöglicht hatte. Am 30. Oktober 1966 demonstrieren in Frankfurt 21.000 Menschen gegen die geplanten Notstandsgesetze der Bundesregierung.

Da die Opposition im Parlament weitgehend machtlos ist, erneuert sich Ende 1966 unter der Führung des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) eine Bewegung, die sich Außerparlamentarische Opposition (APO) nennt. Schon in den 50er Jahren hatten ihre Vorläufer mit Demonstrationen beispielsweise gegen die Gründung der Bundeswehr und ihre Ausstattung mit Atomwaffen demonstriert.

Nun bezieht sie mit zahlreichen Protesten, Großdemonstrationen, Sit-Ins und Uni-Streiks Stellung gegen die Notstandsgesetze, später auch zu anderen politischen Fragen.

Rudi Dutschke, Führungs- und Symbolfigur im SDS und der APO bereitet im Frühjahr 1968 eine Großdemonstration gegen die Notstandsgesetze in Bonn vor, als er wenige Wochen vor dem Ereignis von einem Attentäter lebensgefährlich angeschossen wird. Elf Jahre später stirbt er an den Spätfolgen seiner Verletzungen.

Trotz der massiven Proteste gegen die neuen Gesetze und der politisch aufgeheizten Stimmung wegen des Dutschke-Attentats verabschiedet die Koalitions-Mehrheit sie im Bundestag am 30. Mai 1968, eine Niederlage der Studentenbewegung und der APO, die bei vielen Anhängern zu einer weiteren Radikalisierung führt.

Sie sehen sich in ihrer Analyse bestätigt, dass die herrschende reaktionäre Elite, gesteuert vom Kapital, ihre Macht festigt. Dazu verabschiedet sie gegen den Willen des Volkes die Notstandsgesetze, die ihr formal das legale Weiterregieren auch im Falle einer sozialistischen Revolution ermöglichen soll, die die Linke herbeisehnt und für die sie sich engagiert.

MEINUNGSMACHE: KONSERVATIVE MEDIEN SCHLAGEN ZURÜCK

Zahlreiche Aktionen der Studentenbewegung richteten sich gegen den Berliner Axel Springer Verlag und seine Erzeugnisse, vor allem gegen die Boulevard-Zeitung „Bild“.

Im Jahr 1964 wird eine Analyse zur Pressekonzentration veröffentlicht, die dem Springer Verlag ein Meinungs- und Manipulations-Monopol nachweist. Zeitungen des Verlags wenden sich mit dem Wachsen der APO äußerst polemisch gegen die Studenten.

Nach der Erschießung Benno Ohnesorgs 1967 und der extrem einseitigen Berichterstattung der Bildzeitung dazu beginnen Demonstrationen und Proteste gegen die sogenannte „Springer-Presse“.

Bild schreibt am 3.6.67 zu Ohnesorgs Tod: „Ein junger Mann ist gestern in Berlin gestorben. Er wurde Opfer von Krawallen, die politisch Halbstarke inszenierten. Gestern haben in Berlin Krawallmacher zugeschlagen, die sich für Demonstranten halten. Ihnen genügt der Krawall nicht mehr. Sie müssen Blut sehen. Sie schwenken die rote Fahne, und sie meinen die rote Fahne. Hier hören der Spaß und der Kompromiß und die demokratische Toleranz auf. Wir haben etwas gegen SA-Methoden. Die Deutschen wollen keine rote und keine braune SA. Sie wollen keine Schlägerkolonnen, sondern Frieden“.

Eine Kampagne „Enteignet Springer“ startet, auch mit Unterstützung von als linksliberal geltenden Konkurrenz-Verlagen. Sie hat zum Ziel, die reaktionäre politische Manipulation der Bevölkerung durch den Marktführer mit einer Enteignung zu beenden. Gleichzeitig soll ein revolutionäres Symbol gesetzt werden, ausgerechnet dieses stramm konservativ ausgerichtete und privatwirtschaftlich geführte Familienimperium in den Allgemeinbesitz zu überführen.

Die Stimmung eskaliert erneut, als am Gründonnerstag, dem 11. April 1968 ein rechtsradikaler Attentäter den Studentenführer Rudi Dutschke schwer verletzt. Denn am selben Tag erscheint die Bild-Zeitung mit der Schlagzeile: „Rudi Dutschke – Staatsfeind Nr. 1!“ Zuvor hatte sie bereits am 7. Februar 1967 gefordert: „Man darf auch nicht die ganze Dreckarbeit der Polizei und ihren Wasserwerfern überlassen“ und sie rief kurz vor dem Attentat zum „Ergreifen der Rädelsführer“ auf.

Die Studenten selbst, aber auch andere Intellektuelle geben dem Springer Verlag eine Mitschuld an dem Mordversuch. „Bild schoss mit!“ ist ein gängiger Vorwurf. Demonstranten versuchen das Springer-Haus in Berlin zu stürmen, setzen Auslieferungsfahrzeuge des Verlags in Brand und zerschlagen Fensterscheiben. Die Hamburger Druckerei wird belagert, um die Auslieferung der Bild-Zeitung zu verhindern. Die Redaktion in München wird von Studenten verwüstet. Bundesweit sollen es bis zu 400.000 Menschen sein, die auf die Straßen gehen.

Weil er an den Demonstrationen als „Rädelsführer“ teilgenommen hat, will die Berliner Staatsanwaltschaft dem Anwalt Horst Mahler ein Berufsverbot erteilen lassen. Im Juni 1970 wird er dazu verurteilt, an Springer über 75.000 DM Schadenersatz zu zahlen, daraufhin geht Mahler mit anderen in den Untergrund und lässt sich in Jordanien militärisch ausbilden.

Später räumt der Springer Verlag ein, in seiner Berichterstattung in den späten 60er Jahren „journalistische Fehler“ begangen zu haben.

RADIKALISIERUNG: DIE SOZIALLIBERALE KOALITION ENTÄUSCHT VIELE STUDENTEN

1969 geht die Zeit der großen Koalition zu Ende, an ihre Stelle tritt eine Zusammenarbeit von SPD und FDP. Viele Menschen wählen sie in der Hoffnung, dass die rückwärts gewandte konservative Staatsführung unter dem früheren NSDAP-Mitglied Kiesinger durch eine fortschrittlichere und offenere Politik abgelöst wird. Viele engagierte Menschen unterstützen den SPD-Wahlkampf.

Der neu gewählte Bundeskanzler, Nazigegner und spätere Friedensnobelpreisträger Willy Brandt kündigt schon in seiner Antrittsrede an, neue Formen der demokratischen Mitsprache zu ermöglichen: „Wir wollen mehr Demokratie wagen. Wir werden darauf hinwirken, dass jeder Bürger die Möglichkeit erhält, an der Reform von Staat und Gesellschaft mitzuwirken. Mitbestimmung, Mitverantwortung in den verschiedenen Bereichen unserer Gesellschaft wird eine bewegende Kraft der kommenden Jahre sein“.

Manchen marxistisch orientierten und revolutionär gesinnten Studenten sind diese Ankündigungen bei weitem nicht radikal genug. Sie kritisieren, dass die sozial-liberale Koalition die Unzufriedenheit der außerparlamentarischen Opposition absorbiere. Schließlich wollen sie die vollständige Überwindung des Kapitalismus erreichen. Sie radikalieren sich weiter. Horst Mahler schreibt in einem Strategiepapier von 1971, dass der „bewaffnete Kampf als höchste Form des Klassenkampfes“ zu führen sei. Der Kampf gegen den Imperialismus müsse auch in Westeuropa geführt werden und er richte sich gegen das Kapital und den Staat, denn die „besitzenden Klassen“ hätten sich „den bestimmenden Einfluss auf die staatlichen Machthebel“ gesichert.

Für sie ändert sich durch die Regierungsbeteiligung der SPD nichts am Feindbild Staat, einige gehen in den Untergrund, wie auch Horst Mahler, der Gründungsmitglied der Rote Armee Fraktion wird.

Viele andere der engagierten Studenten beenden Anfang der 70er Jahre ihr Studium, für sie beginnt ein neuer Lebensabschnitt. Sie wollen den von Rudi Dutschke 1967 propagierten „langen Marsch durch die Institutionen“ gehen. Dahinter steht die Strategie, die Gesellschaft von innen heraus zu verändern. Zentrale Machtpositionen in Politik und Gesellschaft sollen erlangt werden. Andere politische Richtungen sollen zunehmend „mundtot“ gemacht werden, indem man die „politische Deutungshoheit“ übernimmt.

Viele Aktivisten der Protestbewegung widmen sich nun auch ihrer eigenen Biografie, suchen einen Weg ins Berufsleben, manche gründen Familien. Es zeigt sich nach wie vor, dass jungen Akademikern alle Tore offen stehen. Gut bezahlte Posten sind zahlreich verfügbar und eine lebenslang abgesicherte Karriere scheint selbstverständlich – wenn da nicht der Radikalenerlass wäre.

Ausgerechnet der Hoffnungsträger Willy Brandt beschließt gemeinsam mit den Ministerpräsidenten der Bundesländer im Januar 1972, dass Bewerber für den Öffentlichen Dienst abgelehnt werden können, wenn Zweifel daran bestehen, dass sie „jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung“ eintreten würden. Auch entsprechende Entlassungen sind möglich. Die Betroffenen müssen sich nicht unbedingt strafbar gemacht haben und sie müssen auch nicht einer verbotenen Organisation angehören.

Selbst Bewerber als Lokomotivführer und Postboten, aber auch angehende Lehrer und Juristen werden daraufhin bis in die 90er Jahre über eine Anfrage beim Verfassungsschutz überprüft. Weil für manche dieser Berufe nur der Öffentliche Dienst als Arbeitgeber in Frage kommt, wird auch von „Berufsverboten“ gesprochen. Von insgesamt 1,4 Millionen Bewerbern werden etwa 1.100 Überprüfte abgelehnt, 130 Mitarbeiter werden aus dem Öffentlichen Dienst entlassen.

Obwohl bei weniger als jedem tausendsten Bewerber der Erlass angewendet wird, trifft die Regelung das Lebensgefühl einer ganzen Generation. Viele, die sich in der Studentenbewegung oder der APO engagiert haben, entwickeln Ängste um ihre berufliche und damit die persönliche Zukunft. Der Erlass verunsichert viele junge Leute in ihrer Lebensplanung und bestätigt sie in der Meinung, dass der Staat kritische Geister mundtot machen will. Linke Gruppen und Parteien nutzen den Erlass, um weiterhin Stimmung gegen den angeblich repressiven Staat zu machen.

So hat der Erlass, der eigentlich die Sympathisanten von RAF und anderen Terrororganisationen aus dem Öffentlichen Dienst fernhalten soll, auch einen gegenteiligen Effekt. Er fördert einerseits eine politische Anpassung, weckt andererseits aber auch breite Solidarität mit den von dieser angeblichen Menschenrechtsverletzung Betroffenen. Die auch von vielen Sozialdemokraten und sogar Liberalen kritisierte Regelung führt letztlich auch mit dazu, dass die linksradikale Sympathisanten-Szene der RAF weiterhin Zulauf findet und in ihrer ideologischen Kritik am Staat Unterstützung erhält.

Später bezeichnet Willy Brandt den Erlass als einen „Irrtum“.

DIE RAF UND ANDERE: TERROR IN DER 1., 2., 3. GENERATION

Vorgeschichte, Gründung und 1. Generation

Im Juni 1967 wird bei einer Demonstration der Student Benno Ohnesorg von einem Polizisten erschossen. Das führt in der außerparlamentarischen Protestbewegung zu einer massiven Radikalisierung. Einige der Linksradikalen wollen nun über Tabus hinweggehen und bezeichnen Sachbeschädigungen als legitim im revolutionären Kampf. Ein symbolischer Rauchbombenanschlag auf die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche, ein Wahrzeichen Westberlins, macht am 7. August 1967 einen Anfang. Er wird von dem 24-jährigen Gelegenheitsarbeiter und Kleinkriminellen Andreas Baader zusammen mit der ausgebildeten Lehrerin und Germanistik-Studentin Gudrun Ensslin begangen.

Ein kurz zuvor in Brüssel angeblich von Vietnamkriegs-Gegnern niedergebranntes Kaufhaus wird zum Modell auch für Deutschland. Während in Belgien jedoch über 250 Menschen den Tod finden, achten die deutschen Täter darauf, dass bei den Anschlägen auf die „Konsumtempel“ keine Menschen zu Schaden kommen. Am 2. April 1968 zünden Baader und Ensslin gemeinsam mit zwei Mittätern zwei Kaufhäuser in Frankfurt an und benutzen dazu Zeitzünder. In einem Bekenner-Anruf bezeichnen sie die Brandstiftungen als „politischen Racheakt“. Sie wollen nach eigener Aussage gegen die Gleichgültigkeit protestieren, mit der die Menschen in der Bundesrepublik den Krieg in Vietnam hinnehmen.

Alle vier werden rasch verhaftet, vor Gericht gestellt und verurteilt. Die Staatsanwaltschaft fordert sechs Jahre, das Urteil lautet auf drei Jahre Zuchthaus. Verteidigt werden die Angeklagten unter anderem von Horst Mahler und Otto Schily. Weil sie gegen das Urteil in Revision gehen, werden sie vorläufig frei gelassen. Baader und Ensslin nutzen die Gelegenheit und fliehen nach Frankreich und Italien. Heimlich kehren sie Anfang 1970 nach Berlin zurück, Baader wird bald gefasst.

Anwalt Mahler beantragt für den 14. Mai einen Ausflug des Gefangenen in eine Bibliothek, bei dem Baader mit Hilfe von Mahler, der Journalistin Ulrike Meinhof und anderen die Flucht gelingt. Ein Mann wird dabei durch einen Schuss schwer verletzt. Er ist das erste von einer Vielzahl von Opfern der Rote Armee Fraktion (RAF), als deren Geburtsstunde diese Aktion gilt. Rund 20 Mitglieder der von der Boulevard-Presse auch „Baader-Meinhof-Bande“ genannten RAF, darunter auch Horst Mahler, setzen sich nach Jordanien ab, und absolvieren in einem palästinensischen Flüchtlingslager eine militärische Ausbildung.

Nach ihrer Rückkehr verüben sie zahlreiche Banküberfälle, Autodiebstähle und andere Straftaten, um ihr Leben im Untergrund zu organisieren. Gleichzeitig veröffentlichen sie Thesenpapiere über den revolutionären Kampf als „Stadtguerilla im Untergrund“ nach lateinamerikanischem Vorbild.

Der Staat beginnt mit umfangreichen Fahndungsmaßnahmen nach rund 50 Personen. Das Bundeskriminalamt wird massiv ausgebaut. In den Folgejahren finden immer wieder Straßenkontrollen statt, die elektronische „Rasterfahndung“ wird eingeführt, Fahndungsplakate und schwer bewaffnete Polizisten prägen das alltägliche Stadtbild.

1971 sterben die ersten Anschlagsoffer, RAF-Mitglieder, Polizisten und Unbeteiligte. Ab 1972 beginnen RAF-Anschlagsserien gegen US-Militäreinrichtungen und staatliche Einrichtungen. Im Juni werden mehrere Mitglieder des harten Kerns verhaftet, unter ihnen Baader, Ensslin, Meinhof, Jan-Carl Raspe und Holger Meins. An ihrer rechtlichen Vertretung beteiligen sich auch die Anwälte Schily und Ströbele, der seit 1970 Mitglied der SPD ist.

Die Haftbedingungen der Gefangenen werden verschärft. Einige werden in reizarme Gefängnistraktate ohne Kontakt zu anderen Menschen verlegt, die Linke reagiert mit dem Vorwurf der „Isolationsfolter“. Die Gefangenen treten zur Verbesserung der Bedingungen mehrfach koordiniert in lang anhaltende Hungerstreiks. Holger Meins stirbt 1974 in der Haft an der mangelhaften Behandlung seines Hungerstreiks. Der frühere Studentenführer Rudi Dutschke reckt an seinem Grab die Faust und verspricht: „Holger, der Kampf geht weiter!“

Horst Mahler, verhaftet schon 1971, wird aus Mangel an Beweisen von dem Vorwurf der Befreiung von Andreas Baader freigesprochen, aber wegen gemeinschaftlichen schweren Raubes in Tateinheit mit Gründung einer kriminellen Vereinigung angeklagt. Seine Verteidiger sind Otto Schily und Hans-Christian Ströbele, er wird 1973 zu zwölf Jahren Haft verurteilt.

Ab 1978 wird Mahler vom Rechtsanwalt und späteren Bundeskanzler Gerhard Schröder vertreten und in den Offenen Strafvollzug überführt. Schröder erreicht, dass Mahler 1980 vorzeitig entlassen und die Reststrafe zur Bewährung ausgesetzt wird. Mahler distanziert sich von der RAF.

Otto Schily ermutigt die RAF-Unterstützerin Katharina Hammerschmidt, sich den Behörden freiwillig zu stellen. Trotzdem wird sie in Untersuchungshaft genommen, wo sie 1975 wegen unzureichender medizinischer Behandlung an Krebs verstirbt.

In Stuttgart-Stammheim beginnt im Mai 1975 der Prozess gegen die Angeklagten. Im Mai 1976 wird Ulrike Meinhof in ihrer Zelle erhängt aufgefunden, Selbstmord ist die offizielle Todesursache.

Im Prozess-Verlauf werden die Verteidiger in den Medien massiv diffamiert und von der Justiz behindert. So wird beispielsweise Hans-Christian Ströbele wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung angeklagt und außerdem vom Prozess gegen die RAF-Mitglieder ausgeschlossen. 1975 wird er auch aus der SPD ausgeschlossen. Die Strafprozessordnung wird eigens wegen dieses Verfahrens geändert. Ein Grundrechtsbruch durch die Justiz ist das heimliche Abhören von Gesprächen zwischen den Angeklagten und ihren Verteidigern. Schily und andere Anwälte nehmen nach dem Bekanntwerden der Lauschaktionen aus Protest nicht mehr am dem Verfahren teil. Im April 1977 werden die RAF-Angeklagten wegen Mordes zu lebenslänglichen Freiheitsstrafen verurteilt.

Die 2. Generation

Im Februar 1975 kidnappen Terroristen der „Bewegung 2. Juni“, die sich ebenfalls als „Stadtguerilla“ bezeichnet, den Berliner CDU-Bürgermeisterkandidaten Peter Lorenz. Gegen die Freilassung mehrerer verurteilter Gesinnungsgenossen wird Lorenz freigegeben. Horst Mahler lehnt es öffentlich ab, sich durch Geiselnahme austauschen zu lassen. Diese Erpressung wird offenbar auch für die RAF zum Vorbild. Im April besetzt sie die deutsche Botschaft in Schweden, um die RAF-Spitze ebenfalls freizupressen. Die Aktion wird zum Desaster: Zwei Diplomaten werden ermordet, zwei Terroristen sterben, alle anderen Täter kommen in Haft.

Unter der Führung von Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar bildet sich die sogenannte 2. Generation der RAF. Angesichts der Verurteilungen der 1. Generation startet die RAF 1977 eine beispiellose Gewaltwelle. Im April werden Generalbundesanwalt Buback und seine Begleiter erschossen. Im Juli tötet ein Kommando Jürgen Ponto, den Vorstandssprecher der Dresdner Bank. Ein Raketenanschlag auf die Bundesanwaltschaft scheitert im August.

Im September entführt die RAF den Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer mit dem Ziel, die Gefangenen zu befreien. Die Bundesregierung lehnt einen Austausch ab. Daraufhin entführt ein befreundetes palästinensisches Kommando ein deutsches Urlaubersflugzeug nach Somalia und tötet den Piloten. Das Flugzeug wird von einer deutschen Polizeieinheit befreit.

Daraufhin töten sich drei Stammheimer Gefangene selbst. Andreas Baader und Jan-Carl Raspe nutzen dazu zwei ins Gefängnis geschmuggelte Pistolen. Zahlreiche Menschen, darunter auch die Anwälte, glauben lange Zeit nicht an Selbstmorde. Sie mutmaßen, dass sie von staatlichen Stellen ermordet wurden. Hanns Martin Schleyer wird einen Tag später erschossen in Frankreich aufgefunden.

Im sogenannten „Deutschen Herbst“ 1977, einer der schwersten Krisen in der Geschichte der Bundesrepublik, strapaziert die damalige SPD/FDP-Bundesregierung unter Kanzler

Helmut Schmidt die Verfassung bis an ihre Grenzen. Sie gründet unter Beteiligung einiger Bundesländer und der CDU/CSU-Opposition den sogenannten „Großen Krisenstab“, der als eine Art Ersatzregierung wichtige Entscheidungen trifft, vom Grundgesetz aber nicht vorgesehen ist. Massive Fahndungsaktivitäten und Straßenkontrollen beginnen. Das Kontaktsperregesetz ermöglicht das Unterbinden jeder Kommunikation zwischen Inhaftierten und der Außenwelt. Es wird in Rekordzeit verabschiedet, in Kraft gesetzt, vom Verfassungsgericht überprüft und es wird auch auf die Anwälte der Gefangenen angewendet. Auch die Strafprozessordnung wird erneut geändert, die Zahl der möglichen Anwälte eines Angeklagten wird verringert.

Bis 1982 werden die meisten Mitglieder der 2. Generation im In- und Ausland verhaftet. Andere Aussteiger setzen sich in die DDR ab und werden dort vom Ministerium für Staatssicherheit versteckt und mit neuen Identitäten ausgestattet. Erst nach der Wiedervereinigung werden sie gefasst und vor Gericht gestellt.

Die 3. Generation

Zwischen 1985 und ihrer Selbstaflösung 1998 tötet eine weitere, dritte Generation von RAF-Aktivisten insgesamt zehn Menschen, darunter hochrangige Vertreter von Wirtschaft und Staat. In der deutschen Linken ist die RAF allerdings mehr und mehr isoliert.

34 Menschen werden insgesamt von der RAF getötet, zahlreiche weitere verletzt. 15 RAF-Mitglieder sterben im Zusammenhang mit ihrer RAF-Mitgliedschaft.

Neben RAF und der „Bewegung 2. Juni“ wird als weitere terroristische Vereinigung auch das Netzwerk der „Revolutionären Zellen“ aktiv. Seine Mitglieder leben nicht in der Illegalität, sondern führen nach außen hin ein normales Leben und verüben ihre Anschläge anonym. Sie werden daher auch als „Feierabend-Terroristen“ bezeichnet. Eine Frauengruppe nennt sich „Rote Zora“.

VON WYHL BIS MUTLANGEN: DAS ERSTARKEN VON ANTI-ATOMKRAFT- UND FRIEDENSBEWEGUNG

Die Anti-Atomkraft- und Umweltbewegung

1975 macht ein kleiner Ort am Kaiserstuhl im Rheintal bei Freiburg bundesweit Schlagzeilen. In Wyhl wehren sich die ansässigen Bauern, Winzer und andere Anwohner vehement gegen ein geplantes Atomkraftwerk und besetzen mehrfach den Bauplatz. Ihre Aktionen dienen für Gegner an anderen Atom-Standorten in der gesamten Republik als Vorbild. Brokdorf an der Elbe, Kalkar am Niederrhein, Wackersdorf in Bayern, Gorleben an der innerdeutschen Grenze sind nur einige Namen anderer Orte, an denen eine schnell wachsende Anti-Atom-Bewegung gegen die sogenannte „friedliche Nutzung der Kernenergie“ protestiert.

Eine neue politische Organisationsform findet Verbreitung, die „Bürgerinitiative“ als freier Zusammenschluss Gleichgesinnter ohne besonderen rechtlichen Rahmen.

Im Oktober 1979 findet in der damaligen Bundeshauptstadt Bonn eine Demonstration von über 100.000 Atomkraftgegnern statt. Die Kundgebung ist vermutlich die größte Demonstration der 70er Jahre.

In den folgenden Jahren eskaliert der Protest. Zahlreiche Aktionen der Umweltschützer treffen auf harte Gegenmaßnahmen der Polizei. Besetzte Bauplätze werden gewaltsam geräumt, Großdemonstrationen entwickeln sich zu regelrechten Schlachten, etwa 1981 in Brokdorf und 1986 in Wackersdorf mit vielen Festnahmen, zahlreichen Verletzten und sogar einigen Toten.

Im April 1986 tritt bei einem Reaktorunglück in Tschernobyl in der UdSSR eine große Menge Radioaktivität aus. Schon 1979 hatte sich im Kraftwerk „Three-Miles-Island“ in Harrisburg in den USA ein schwerer Störfall ereignet. Obwohl sich die Umweltschützer dadurch in ihrer Ablehnung dieser Technologie bestätigt sehen, werden weitere Atomanlagen geplant, gebaut und in Betrieb genommen. Einige der Vorhaben wie Wyhl und Wackersdorf werden jedoch als „politisch nicht durchsetzbar“ beendet.

Ende der 80er Jahre verliert die Anti-Atom-Bewegung an Unterstützung und Macht, viele ihrer Anhänger beenden allmählich ihr außerparlamentarisches Engagement. Ihre Zielsetzung wird seit dem Einzug der Grünen in den Bundestag auch im Parlament vertreten.

1998 beschließt die rot-grüne Koalition in Absprache mit der deutschen Energiewirtschaft den allmählichen Ausstieg aus der Atomenergie. Als erstes Kernkraftwerk wird 2005 der Reaktor in Obrigheim endgültig abgeschaltet. Doch der sogenannte Atom-Konsens wird von der FDP/Unions-Koalition ab 2009 wieder in Frage gestellt. Sie will die begrenzten Laufzeiten der Kraftwerke nun doch erheblich verlängern.

Bis heute ist die Nutzung der Atomenergie heftig umstritten. Insbesondere in Niedersachsen, wo in Gorleben ein atomares Zwischenlager existiert und möglicherweise auch ein Endlager entstehen soll, ist die Anti-Atomkraftbewegung noch aktiv. Sie kämpft mit unterschiedlichen Protestformen unter anderem gegen Transporte von Atommüll und aufbereiteten Brennelementen aus Frankreich.

Die Friedensbewegung

Etwa parallel zum Erstarren der Umweltbewegung wächst auch eine große Friedensbewegung. Die Bundesregierung unter Helmut Schmidt übernimmt 1979 den sogenannten Nato-Doppelbeschluss. Er besagt, dass nach dem Aufstellen von sowjetischen Mittelstreckenraketen auch die Nato nachrüsten wird, wenn der Warschauer Pakt seine Waffen nicht abzieht. Zuvor sollen mit der UdSSR darüber Verhandlungen geführt werden.

In weiten Teilen der Bevölkerung Westeuropas stößt diese erneute Runde eines nuklearen Rüstungswettlaufes auf Ablehnung. Bei vielen Menschen und auch in der Wissenschaft wächst die Befürchtung eines verheerenden Atomkriegs in Europa. Gewerkschaften, einige Parteien, Kirchengemeinden und zahllose kleine Gruppen und Bürgerinitiativen rufen zu Protest und Widerstand auf. Auch zu diesem Thema gehen Hunderttausende auf die Straßen, 1982 rund 500.000 Menschen in Bonn, 1983 in mehreren Städten insgesamt rund 1,3 Millionen. Es sind die größten Demonstrationen, die das Nachkriegs-Deutschland jemals gesehen hat.

Die neue Friedensbewegung verlangt vom Westen einen einseitigen Verzicht auf die Raketenstationierung, um die Spirale der Aufrüstung zu beenden. Der sogenannte „Krefelder Appell“, der diese Forderung beinhaltet, wird von vier Millionen Bundesbürgern unterzeichnet. Auch von der Sowjetunion fordern sie eine Abrüstung.

Mit Sitzblockaden vor Stationierungsorten wie dem schwäbischen Mutlangen und anderen gewaltfreien Aktionen protestieren Prominente, unter ihnen Otto Schily, aber auch zahlreiche normale Bürger gegen die Aufrüstung und gewinnen viele Sympathien in der Bevölkerung.

Die Sowjetunion stellt ihre neuen Mittelstrecken-Raketen weiterhin auf, und bezeichnet dies als eine Modernisierung ihrer bisherigen Waffen. In Deutschland und anderen westeuropäischen Ländern werden daraufhin ab 1983 amerikanische Cruisemissile- und Pershing-Raketen stationiert. Alle diese Raketen sind atomar bestückt. Das wichtigste Ziel der Friedensbewegung, nämlich die Stationierung zu verhindern, wird nicht erreicht. Ähnlich wie die Umweltbewegung, kann die Friedensbewegung in Deutschland angesichts dieser Niederlage nur noch wenig Kraft entfalten. Viele Engagierte beenden ihre Arbeit, andere tragen ihre Aktivitäten ins Parteiensystem ein.

Ende 1987 einigen sich die USA und die Sowjetunion auf Initiative ihres neuen Präsidenten Michail Gorbatschow auf den vollständigen Rückzug der atomaren Mittelstreckenraketen in Europa.

VON DER STRASSE INS PARLAMENT: DER PROTEST DOMESTIZIERT SICH

Die große Massenbasis der Friedens- und der Umweltbewegung Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre ermutigt zahlreiche politisch links orientierte Aktivisten, die teilweise auch schon in der außerparlamentarischen Opposition (APO) aktiv waren, zur Gründung einer neuen Vereinigung. Sie soll als „Anti-Parteien-Partei“ eine politische Alternative zu den etablierten großen Parteien CDU/CSU, FDP und der SPD bieten. Ihr Selbstverständnis ist „sozial, ökologisch, basisdemokratisch, gewaltfrei“. Im Unterschied zu etlichen winzigen kommunistisch orientierten Parteien der direkten Nach-APO-Zeit (K-Gruppen) hat sie eine realistische Chance, die Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden und in verschiedene Landtage und den Bundestag einzuziehen: Die Grünen. Zu ihren Mitgründern zwischen den Jahren 1978 und 1980 zählen auch Otto Schily und Hans-Christian Ströbele.

Als die Grünen 1983 erstmals in den Deutschen Bundestag einziehen, zählt Schily mit zu den ersten Abgeordneten der jungen alternativen Partei, Ströbele wird 1985 als Nachrücker ebenfalls Parlamentsmitglied.

Die Grünen werden in den ersten Jahren ihrer parlamentarischen Arbeit von den konkurrierenden etablierten Parteien als politische Kraft nicht nur kaum ernst genommen, sondern massiv diffamiert. Interne Kämpfe zwischen rivalisierenden politischen Strömungen schwächen die Partei zudem.

1990, nach der deutschen Wiedervereinigung, verfehlen die Grünen die notwendigen fünf Prozent der Stimmen. Erst 1994 schaffen sie erneut den Sprung ins Bundesparlament.

Durch fachlich kompetente und enorm fleißige Arbeit in den Ausschüssen und Gremien des Bundestages erwerben sich die Mitglieder der grünen Bundestagsfraktion im Laufe der Jahre mühsam Anerkennung bei den Wählern und sogar bei den anderen Parteien. Wichtige Persönlichkeiten dabei sind Ströbele und Schily, die im Flick-Untersuchungsausschuss von 1984 bis 1986 als versierte Juristen auffallen. Unter anderem stellt Schily gegen Bundeskanzler Helmut Kohl eine Strafanzeige. Nach parteiinternen Querelen wechselt Schily 1989 zur SPD als neuer politischer Heimat, in der er sich mehr Einfluss erhofft. Auch hier profiliert er sich im Treuhand-Untersuchungsausschuss 1993/94.

Hans-Christian Ströbele erarbeitet sich auch im Parteispenden-Untersuchungsausschuss hohen Respekt. Über drei Legislaturperioden ist er der einzige grüne Abgeordnete, der ein direktes Mandat in seinem Wahlkreis erringt.

Die Grünen erhalten 1998 bis 2005 erstmals auch im Bund direkte Macht als Regierungspartei, schon seit 1985 ist sie an mehreren Landesregierungen beteiligt. Für Ströbele als Repräsentanten der Friedensbewegung ist es allerdings bitter, dass seine Partei 1999 den ersten Kampfeinsatz deutscher Soldaten im Ausland nach dem 2. Weltkrieg im Kosovo-Krieg mit zu verantworten hat. Auch die umstrittene Entsendung deutscher Soldaten nach Afghanistan fällt in ihre Regierungszeit. Gemeinsam mit der SPD wehrt sie sich jedoch erfolgreich dagegen, an der Seite der USA mit in den Irak einzumarschieren.

Während Ströbele als Abgeordneter die rot-grüne Koalition kritisch unterstützt, ist das SPD-Mitglied Schily von 1998 bis 2005 als Bundesinnenminister Mitglied der Regierung.

Den Grünen wird spätestens ab 2005 mit dem dauerhaften Einzug einer fünften Partei in den Bundestag, der aus der DDR-SED und der PDS hervorgegangenen sozialistischen Partei „Die Linke“ die Position als linksorientierte Partei streitig gemacht.

Es zählt mit zu den großen Erfolgen der deutschen Demokratie, dass eine zunächst überwiegend verfeimte und abgelehnte Bürgerbewegung mit oppositionellen und ‚alternativen‘ Ansichten und Forderungen einen Platz im Parlamentarismus und in den etablierten Formen der politischen Willensbildung findet.

In einem jahrzehntelangen Prozess trägt sie den außerparlamentarischen Protest von der Straße bis an das Rednerpult des Parlaments. Die Debatte als institutionalisierte Form der politischen Auseinandersetzung umfasst nun auch die Inhalte und Argumente derjenigen Generationen, die wegen Notstandsgesetzen, Kernkraftwerken und Atomraketen auf die Straße gingen. Ihr zuvor teilweise sogar gewalttätiger Protest ist nun gezähmt, domestiziert, parlamentarisiert. Eine Gegnerschaft zum System wird überwunden, die Rebellen von einst integrieren sich in die Demokratie.

Es findet eine Zivilisierung der deutschen Gesellschaft von der autoritätsfixierten Nachkriegsära bis in ein modernes System der Emanzipation und größeren politischen Teilhabe statt. Die Veränderung der politischen und sozialen Strukturen im Deutschland des letzten Drittels des 20. Jahrhunderts bewirkt auch einen Wandel zu selbstbewussteren Persönlichkeitsstrukturen und umgekehrt.

FÜR VIELE UNDENKBAR: DIE DEUTSCHE WIEDERVEREINIGUNG UND DAS ERSTARKEN DER RECHTEN

Für die APO und die nachfolgenden sozialen Bewegungen wie die Umwelt- und Friedensbewegung in Westdeutschland steht die deutsche Einheit nicht zur Debatte. Die Zweistaatlichkeit Deutschlands und die Trennung Europas in Ost und West ist eine Selbstverständlichkeit und wird kaum in Frage gestellt. Rudi Dutschke, sonst ein sehr einflussreicher Studentenführer, stößt mit entsprechenden Überlegungen auf nahezu völliges Unverständnis.

Die APO ist trotz ihrer sozialistischen Ziele gegenüber der DDR und der UdSSR eher kritisch eingestellt. Menschenrechtsverletzungen, Mauerbau und der Einmarsch in die Tschechoslowakei 1968 werden nur von einer Minderheit positiv gesehen. Politische Verhältnisse wie in Osteuropa will in der westdeutschen Studentenbewegung kaum jemand übernehmen. Die DDR-Führung versucht über von ihr finanzierte Organisationen wie die DKP, die SDAJ und durch die Staatssicherheit Einfluss auf die APO und später auch auf die Umwelt- und Friedensbewegung zu nehmen. Doch die Vielfalt und Unabhängigkeit der zahlreichen Strömungen innerhalb der Bewegungen verhindern, dass sie aus Ostberlin in größerem Umfang gesteuert werden können.

Die sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik der 70er und 80er Jahre strahlen aber umgekehrt auf die DDR aus. Auch hier gründen sich Bürgerinitiativen – massiv von der Staatssicherheit behindert und verfolgt. Viele kritische Bürger finden Schutz unter dem Dach der evangelischen Kirche. Sie engagieren sich für Frieden und gegen die zahlreichen Umweltschäden, die die inzwischen marode DDR-Wirtschaft der Natur des Landes zufügt. Hinzu kommen mehr und mehr Gruppen, die sich für die Menschenrechte im Land einsetzen. Diese oppositionellen Gruppen bereiten den Boden für eine wachsende Protestbewegung, die mit ihren Großdemonstrationen in Leipzig, Ostberlin und anderen ostdeutschen Städten schließlich die friedliche Revolution von 1989 einleitet.

Alle – in Ost wie in West – werden dennoch von den Ereignissen der Jahre 1989 und 1990 überrascht. Mauerfall und Wiedervereinigung finden in atemberaubendem Tempo in weniger als zwölf Monaten statt.

Hans-Christian Ströbele kommentiert sie als „größte Landnahme der deutschen Industrie seit den Kolonialkriegen“.

Der Beitritt zur Bundesrepublik sorgt vor allem in den fünf neuen Bundesländern für massive Veränderungen und eine starke Verunsicherung. Zahlreiche Betriebe werden geschlossen, viele Menschen verlieren ihre Arbeit, ihr Einkommen und ihren sozialen Status. Den Menschen werden „blühende Landschaften“ versprochen, doch viele erleben den Absturz in die Arbeitslosigkeit.

Nach der Wiedervereinigung machen sich in Deutschland verstärkt rechtsextreme und ausländerfeindliche Strömungen bemerkbar. Die rechte Szene war zuvor in Westdeutschland eher unbedeutend, in der DDR war neofaschistisches Gedankengut völlig tabu. Mit der politischen Liberalisierung in Ostdeutschland tragen rechte Demagogen aus dem Westen ihre Ideologie jedoch erfolgreich in den Osten. Sie bedienen dort irrationale Ängste

vor Ausländern, die es dort vor der Wende kaum gab. Viele Verlierer der „Wende“ laufen ihnen zu. Und auch im Westen werden die Rechten stärker.

Eine Serie von ausländerfeindlichen Gewalttaten in Ost- wie in Westdeutschland erschüttert ab Anfang der 90er Jahre das Land. Beispiele dafür sind die rassistischen Angriffe und Morde durch Brandanschläge gegen Flüchtlinge und Ausländer in Mölln, Solingen, Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen.

Die Zahl rechtsextremer Straftaten stieg auch 2008 weiterhin an, laut Verfassungsschutzbericht im Vergleich zum Vorjahr um 15,8 Prozent, die der Gewalttaten um 6,3 Prozent. Bezogen auf die Bevölkerung ist dabei Sachsen-Anhalt der Spitzenreiter, gefolgt von Sachsen, Brandenburg, Thüringen und Hamburg.

Die Rechtsextremen sind in Sachsen politisch besonders erfolgreich. Dort ist die NPD seit 2004 im Landtag vertreten, erstmals in der bundesdeutschen Geschichte über eine Wahlperiode hinaus.

EIN GANZ ANDERER TERROR: NACH DEM 11. SEPTEMBER 2001

Otto Schily ist deutscher Bundesinnenminister, als am 11.9.2001 die islamistischen Terroranschläge in New York und Washington die Welt erschüttern.

Es stellt sich rasch heraus, dass diese Anschläge in Hamburg vorbereitet wurden. Deutschland solidarisiert sich mit den Vereinigten Staaten und beteiligt sich aktiv beim NATO-Einsatz in Afghanistan.

Federführend für die Bundesregierung erarbeitet Schilys Ministerium angesichts der neuen Bedrohungslage in wenigen Tagen erweiterte Sicherheitsmaßnahmen. Dazu zählen der Abbau des Datenschutzes, eine Einschränkung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung und neue Ermittlungsbefugnisse für Geheimdienste und die Polizei. Er treibt eine Vernetzung unterschiedlicher Polizeibehörden voran und lässt auch die europäische Behörde Europol ausbauen.

Schily warnt davor, dass Datenschutz sich als Terroristenschutz auswirken könne. Auf seine Initiative hin werden in den Ausweisdokumenten elektronisch Fingerabdrücke und andere maschinenlesbare biometrische Daten gespeichert. Für Ausländer führt er besonders weit gehende Überwachungsmaßnahmen ein.

Auch die Vorratsdatenspeicherung, die Internetprovider und Telefonunternehmen verpflichtet, alle Verbindungsdaten ihrer Kunden ein halbes Jahr aufzubewahren, geht auf seine Initiative zurück.

Unabhängig von der neuen terroristischen Bedrohung ist Schily auch für die Einführung der „Großer Lauschangriff“ genannten akustischen Wohnraumüberwachung gegen die organisierte Kriminalität verantwortlich. Noch in der Opposition hatte er das Gesetz scharf abgelehnt.

Schily wird heftig als ‚Law and Order‘-Politiker kritisiert, weil er als Innenminister eigentlich für den Schutz der Bürgerrechte zuständig ist, die er nach Ansicht seiner Kritiker massiv abbaut.

Schily wörtlich: „Für die Bundesregierung gilt, wir müssen und wir werden gegen die Terroristen mit äußerster Konsequenz und der gebotenen Härte vorgehen. Und wir werden alle polizeilichen und militärischen Mittel aufbieten, über die die freiheitlich demokratische Staatsordnung die wehrhafte Demokratie verfügt.

‚Law and Order‘ sind sozialdemokratische Werte, weil sie die Sicherheit gerade auch der Menschen in unserem Lande, der großen Masse in unserem Lande gewährleisten, die sich keine privaten Sicherheitsdienste leisten können.“

„NUR IDIOTEN ÄNDERN SICH NICHT“ (?): DREI LEBENSLÄUFE GEHEN AUSEINANDER

Persönliche Freundschaften untereinander, wechselnde berufliche Zusammenarbeit und gemeinsame politische Überzeugungen prägen jahrelang die Biografien der drei Anwälte Hans-Christian Ströbele, Otto Schily und Horst Mahler.

Doch ihre Lebensläufe, die teilweise eng miteinander verbunden sind, gehen letztlich weit auseinander.

In den Interviews zum Film „Die Anwälte“ erklärt jeder der drei, dass er sich selbst treu geblieben sei.

Horst Mahler war überzeugter Marxist, Mitglied in der Rote Armee Fraktion (RAF) und ist inzwischen ein mehrfach verurteilter Rechtsextremist und Holocaust-Leugner. Er spricht über seinen Werdegang: „Ich habe nicht das Gefühl, dass ich von links nach rechts gegangen bin oder von rechts nach links, sondern das ist eine gewisse Abfolge, die in sich logisch erscheint, wenn man innerhalb dieser bestimmten Logik Fuß gefasst hat. Es ist eine Entwicklung, eine Entwicklung, die aus sich heraus sich bewegt und zu neuen Einsichten führt, ohne dass es eine Wandlung ist.“

Hans-Christian Ströbele setzte sich als linker Anwalt für die außerparlamentarische Opposition und für inhaftierte RAF-Terroristen ein. Inzwischen ist er ein altgedienter Bundestagsabgeordneter und fest vom Parlamentarismus überzeugt. Er wird auch als das „linke Gewissen“ der Grünen bezeichnet: „Ich wünsche mir, dass die Gesellschaft sich ständig selbst und ihre Institutionen auch immer wieder hinterfragt und in Frage stellt, das ist eine aus der Tradition der Außerparlamentarischen Opposition zurückgebliebene Erkenntnis, dass das notwendig ist. Ich wünsche im Gegensatz zu meinen Vorstellungen Anfang der 70er Jahre eine Gesellschaft, die zwar sozialistisch ist, aber auf gar keinen Fall irgendeine Art von Diktatur eines Proletariats oder ähnliches hat, sondern in der Sozialismus mit Freiheit gleichgesetzt wird.“

Otto Schily hat als Strafverteidiger Mitglieder der RAF verteidigt und sich gegen Übergriffe des Staates, beispielsweise gegen Abhöraktionen, wortgewaltig zur Wehr gesetzt. Als Bundesinnenminister verschärft er die Sicherheitsgesetze massiv. Er sieht beides in einer Kontinuität und begründet diese mit seinem Einsatz für die Rechtsstaatlichkeit: „Da sehe ich überhaupt nicht den Bruch. Also in diesen exponierten Prozessen, dem berüchtigten

Stammheimer Prozess habe ich natürlich an die rechtsstaatlichen Grundsätze erinnert und da wo ich der Meinung war, dass diese rechtsstaatlichen Grundsätze nicht beachtet wurden, da verlangt, dass man sich an die hält. Also das ist eine klare rechtsstaatliche Argumentation und wenn ich dann als Innenminister dafür Sorge, dass die Menschen nicht getötet werden, dass die Menschen nicht Schaden nehmen, ist das auch eine rechtsstaatliche Funktion. Man denkt ja, man versucht ja immer, Sicherheit in irgendeinem Gegensatz zur Rechtsstaatlichkeit zu bringen. Es ist die vornehmste Aufgabe auch des Rechtsstaates, für die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu sorgen.“

Das letzte Mal treffen Otto Schily und Horst Mahler persönlich aufeinander, als im März 2003 das Bundesverfassungsgericht seine Entscheidung über ein Verbot der rechtsradikalen NPD bekannt gibt. Innenminister Otto Schily hat für die Bundesregierung den Antrag gestellt. Der Abgeordnete Hans-Christian Ströbele beobachtet von Berlin aus das Verfahren in Karlsruhe sehr genau.

Die Gegenseite wird von dem inzwischen zu den Rechtsextremisten gewanderten Horst Mahler vertreten. Seiner Argumentation folgend, weist das höchste deutsche Gericht den Verbandsantrag zurück.

Mahler über Schily: „Seine Gegner beschreiben ihn als eitel; ich würde diese Vokabel nicht auf sein Verhalten anwenden. Das war nicht Eitelkeit, sondern das Bewusstsein, dass er zu einer geistigen Elite des Anwaltsstandes gehörte. Das war zweifellos der Fall. Er gehörte zur Elite der deutschen Anwaltschaft. Er hatte Fähigkeiten, die andere nicht haben und lange Zeit vergeblich sich mühen, sich das anzulernen. Das schaffen sie nicht, das muss angeboren sein.“

Mahler über Schily: „Zur RAF-Zeit war Schily ja einer der Vorreiter des Widerstandes gegen diese Entwicklung, die er jetzt mit seinem Sicherheitswahn ins Extreme gesteuert hat, wo man sagt, also: der Mann hat sich damit selbst zerstört.“

Mahler über Schily: „Also, ich kann mir vorstellen, dass er also voll davon überzeugt ist, dass ich schlicht politischer Unrat bin und auch als Mensch völlig indiskutabel. Das würde zu der Einschätzung passen, die ich heute von ihm habe. Ich würde mir das zur Ehre gereichen lassen.“

Schily über Mahler: „Die Entwicklung von Horst Mahler in die rechte Szene ist eine Tragödie.“

Mahler über Ströbele: „Er ist einfach menschlich von einer Wärme – er hat sich dann auch sehr um meine Familie gekümmert, als ich im Gefängnis war, und hat sich absolut loyal verhalten und hat alle seine Möglichkeiten ausgeschöpft, diesen Ausfall meiner Person als Ernährer der Familie auszugleichen, indem er meiner Frau eine Anstellung an der Universität besorgt hat.“

Ströbele über Mahler: „Ich will mich dazu nicht äußern, da fehlen mir die Worte.“

Ströbele über Schily: „Ich habe aber in all diesen Situationen vermieden, eine direkte persönliche Konfrontation mit ihm zu suchen.“

Schily über Schily: „Nur Idioten ändern sich nicht!“

CHRONIK

20. Juli 1932: Otto Schily wird in Bochum geboren. Seine Familie zählt zur protestantischen Oberschicht; die Mutter ist Musikerin; der Vater ist Nazigegner, macht aber Karriere in einer Rüstungsfirma

23. Januar 1936: Horst Mahler wird in einer Schlesischen Kleinstadt in eine mittelständische Familie geboren; der Vater ist Zahnarzt; beide Eltern sind überzeugte Hitler-Anhänger

7. Juni 1939: Hans-Christian Ströbele wird in Halle als Sohn eines Chemikers und einer Rechtsanwältin geboren

8. Mai 1945: Kriegsende nach bedingungsloser Gesamtkapitulation aller deutschen Truppen

1945: Horst Mahlers Mutter flüchtet mit ihren drei Kindern nach Naumburg; als der Vater aus der amerikanischen Kriegsgefangenschaft entlassen wird, zieht die Familie nach Dessau-Roßlau

1945: Hans-Christian Ströbele wird von der US-Army in die Westzone gebracht; er wächst in Marl auf

1949: Horst Mahlers Vater begeht Selbstmord; die Familie zieht nach West-Berlin

1952: Otto Schily beginnt sein Jurastudium in München, später in Hamburg und ab 1958 in Berlin

1955: Otto Schilys Eltern sterben bei einem Autounfall

1955: Horst Mahler beginnt sein Jurastudium in Berlin

1960: Hans-Christian Ströbele beginnt sein Studium der Politik- und Rechtswissenschaft zunächst in Heidelberg, später in Berlin

30. Oktober 1966: In Frankfurt demonstrieren 21.000 Menschen gegen die geplanten Notstandsgesetze der Bundesregierung

Dezember 1966: Rudi Dutschke ruft auf einer Versammlung des SDS zur Gründung einer außerparlamentarischen Opposition (APO) auf

1967: Horst Mahler vertritt die Kommunisten Fritz Teufel, Rainer Langhans, Beate Klarsfeld und Willy Brandts Sohn Peter Brandt, die wegen der Anstiftung zu einem Brandanschlag angeklagt sind; er berät den Zentralen Ausschuss der APO in politischen und juristischen Belangen

2. Juni 1967: Demonstration gegen den Schah-Besuch in Berlin. Benno Ohnesorg wird von Polizei-Kriminalobermeister Karl-Heinz Kurras erschossen, über den seit Mai 2009 bekannt ist, dass er inoffizieller Stasi-Mitarbeiter war. Im Prozess gegen Kurras vertritt Otto Schily Ohnesorgs Vater als Nebenkläger; Horst Mahler vertritt Ohnesorgs Witwe

Dezember 1967: Bei einem Weihnachtsgottesdienst wird Rudi Dutschke von einer hass-erfüllten Menge angegriffen

11. April 1968: Rudi Dutschke wird von dem Bild- und Nationalzeitung-Leser Josef Bachmann niedergeschossen; es kommt zu Protesten gegen den Springer-Verlag: Auslieferungslaster werden angezündet und über 100 Scheiben von Filialen eingeworfen. Insgesamt gehen bundesweit etwa 400.000 Menschen auf die Straßen.

12. April 1968: Die Staatsanwaltschaft versucht, ein Berufsverbot gegen Horst Mahler durchzusetzen, da er an der Springer-Demonstration teilgenommen hat

11. Mai 1968: Sternmarsch gegen die Notstandsgesetze auf Bonn

27. Mai 1968: SDS und DGB rufen zu einem politischen Generalstreik gegen die Notstandsgesetze in Betrieben und Universitäten auf

30. Mai 1968: Der Bundestag beschließt das Notstandspaket

1969: Wolf Biermann spendet sein Preisgeld des Fontane-Preises dem APO-Anwalt Horst Mahler, der die Frankfurter Kaufhausbrandstifter Andreas Baader und Gudrun Ensslin verteidigt

1969: Das West-Berliner Landgericht bezeichnet Horst Mahler als grundsätzlich verantwortlich für die Schäden, die 1968 bei den Protesten vor dem Springer-Haus entstanden waren

1. Mai 1969: Gründung des sozialistischen Anwaltskollektivs 1

18. März 1970: Das West-Berliner Landgericht verurteilt Horst Mahler im Zusammenhang mit den Protesten vor dem Springer-Haus zu 10 Monaten Haft auf Bewährung

14. Mai 1970: Andreas Baaders Befreiung durch die Journalistin Ulrike Meinhof gilt als Gründungsstunde der Roten Armee Fraktion RAF

Juni 1970: Horst Mahler wird zur Zahlung eines Schadensersatzes in Höhe von rund 75.800 Mark an das Verlagshaus Axel Springer verurteilt; kurz darauf flüchtet Horst Mahler mit Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin und Andreas Baader nach Jordanien, wo sie ein Ausbildungslager der El Fatah absolvieren

8. Oktober 1970: Horst Mahler wird in Berlin wegen der Planung und Beteiligung an der gewaltsamen Befreiung von Andreas Baader verhaftet

1971: Prozess gegen Horst Mahler im Landgericht Moabit wegen Beihilfe zum Mordversuch an dem Institutsangestellten Georg Linke und Gefangenenbefreiung; Verteidiger ist Otto Schily

1972: Otto Schily überredet Katharina Hammerschmidt, sich den deutschen Behörden zu stellen

Mai 1972: Horst Mahler wird aus Mangel an Beweisen von dem Vorwurf der Planung und Beteiligung an der gewaltsamen Befreiung von Andreas Baader freigesprochen; wegen weiterer Delikte bleibt er vorerst in Haft

Oktober 1972: Prozess-Beginn gegen Horst Mahler wegen gemeinschaftlichen schweren Raubes in Tateinheit mit Gründung einer kriminellen Vereinigung und Beteiligung an derselben

26. Februar 1973: Horst Mahler, im Prozess verteidigt von Otto Schily und Hans-Christian Ströbele, wird zu 12 Jahren Freiheitsentzug wegen gemeinschaftlichen schweren Raubes in Tateinheit mit Gründung einer kriminellen Vereinigung verurteilt

Juli 1974: Horst Mahler verliert seine Zulassung als Anwalt

Juli 1974: Proteste gegen den Bau des Atomkraftwerks Wyhl kennzeichnen den Beginn der Anti-Atomkraft-Bewegung

9. November 1974: Holger Meins stirbt in der JVA Wittlich an den Folgen seines Hungerstreikes

1975: Hans-Christian Ströbele bezeichnet RAF-Mitglieder als „Genossen“ und wird auf Bewährung zu 10 Monaten Haft wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung verurteilt; Otto Schily ist sein Anwalt. Hans-Christian Ströbele wird von der Verteidigung im Prozess in Stuttgart-Stammheim ausgeschlossen, zudem wird er aus der Anwaltskammer ausgeschlossen

Februar/März 1975: Der West-Berliner CDU-Vorsitzende Peter Lorenz wird von der „Bewegung 2. Juni“ entführt, um inhaftierte Gesinnungsgenossen freizupressen

1. März 1975: Horst Mahler lehnt in einer Fernsehsendung den von der Bewegung 2. Juni geforderten Austausch gegen den entführten Peter Lorenz ab. Er distanziert sich vom RAF-Terror

29. Juni 1975: Otto Schilys Mandantin Katharina Hammerschmidt stirbt in U-Haft an Krebs, weil sie im Gefängnis nicht die nötige Behandlung bekommt

November 1976: teilweise gewaltsame Demonstrationen gegen Planung und Bau des Atomkraftwerks Brokdorf; nach wenigen Monaten wird ein Baustopp verhängt

1977: Hans-Christian Ströbele wirkt bei der Gründung der linken Tageszeitung taz mit

1977: Demonstration von 40.000 Atomkraftgegnern gegen den Bau des „Schnellen Brütters“ in Kalkar; das Polizeiaufgebot gilt als das bis dahin größte in der Geschichte der BRD

5. September 1977: Arbeitgeberpräsident Hanns-Martin Schleyer wird von der RAF entführt, um die inhaftierten RAF-Mitglieder freizupressen

14. September 1977: Beschluss der Bundesregierung, bis 1981 zusätzlich 870 Millionen Mark für die Bekämpfung des Terrorismus aufzuwenden

2. Oktober 1977: Kontaktsperregesetz tritt in Kraft, das jeden Kontakt der inhaftierten Terroristen untereinander und zur Außenwelt unterbinden soll

13. Oktober 1977: Ein palästinensisches Kommando entführt ein Lufthansa-Flugzeug, um den Druck auf die Bundesregierung zu erhöhen. Es wird in der Nacht auf den 18.10. in Mogadischu von einer deutschen Polizeieinheit gestürmt.

18. Oktober 1977: Otto Schilys Mandanten Gudrun Ensslin und Andreas Baader werden tot in ihren Zellen in Stuttgart-Stammheim aufgefunden; als Todesursache wird Suizid festgestellt; Jan-Carl Raspe stirbt nach Suizidversuch im Laufe des Tages

12. November 1977: Otto Schilys Mandantin Ingrid Schubert erhängt sich in der JVA Stadelheim

1978: Neuer Verteidiger von Horst Mahler wird der Vorsitzende der Jungsozialisten und spätere Bundeskanzler Gerhard Schröder

1979: Auflösung des Sozialistischen Anwaltskollektivs

Juli 1979: Horst Mahler wird in den offenen Strafvollzug überführt

Dezember 1979: Die NATO-Mitgliedsstaaten beschließen die Stationierung von 108 Pershing II – Raketen und 464 bodengestützten Marschflugkörpern in Europa

12./13. Januar 1980: Gründung der Bundespartei Die Grünen in Karlsruhe. Hans-Christian Ströbele und Otto Schily sind Mitglieder der ersten Stunde

August 1980: Horst Mahler wird nach 10 Jahren Haft vorzeitig entlassen; die restliche Strafe wird zur Bewährung ausgesetzt

1980: Hans-Christian Ströbele wird wegen seines Einsatzes als Verteidiger der Gefangenen aus der RAF in den Jahren 1970 bis 1975 zu einer Freiheitsstrafe von 10 Monaten auf Bewährung verurteilt

16. November 1980: Der „Krefelder Appell“ gegen die Rüstungspolitik kennzeichnet den Beginn der Friedensbewegung

1980-1983: Anstieg der Arbeitslosigkeit von 3,8 auf 9,1 Prozent

28. Februar 1981: Großdemonstration mit über 100.000 Menschen gegen die Fortsetzung des Baus des Atomkraftwerks Brokdorf

1983: Der Bundestag setzt nach dem Rücktritt Otto Graf Lambsdorffs einen Untersuchungsausschuss zur Flick-Parteispenden-Affäre ein

1983-1986, 1987-1989: Otto Schily ist Mitglied des Deutschen Bundestages für Die Grünen

7. November 1984: Helmut Kohl wird vor dem Flick-Untersuchungsausschuss von Otto Schily befragt

1985: Der Bau des „schnellen Brüters“ in Kalkar ist abgeschlossen; er wird nie in Betrieb genommen

1985-1987: Hans-Christian Ströbele ist Mitglied des Deutschen Bundestages für Die Grünen

Januar 1986: Otto Schily stellt wegen des Verdachts der Falschaussage vor den Untersuchungsausschüssen im Bundestag und im Mainzer Landtag zur Parteispenden-Affäre Strafanzeige gegen Bundeskanzler Helmut Kohl

März 1986: Erna Sielka und Alois Sonnleitner kommen bei Protesten gegen den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf ums Leben

8. Oktober 1986: Das Kernkraftwerk Brokdorf geht als weltweit erste Anlage nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl in Betrieb

1987: Horst Mahlers Antrag auf Wiederezulassung als Anwalt wird vom Berliner Justizsenator und dem Berliner Ehrengerichtshof vorerst abgewiesen

1987: Beginn der Bauarbeiten an der Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf

1987: Volkszählung

1988: Der Anwaltssenat des Bundesgerichtshofes hat sich von einer „echten Wandlung“ Mahlers überzeugt und spricht ihm die Anwaltszulassung wieder zu

April 1988: Horst Mahler eröffnet eine Kanzlei in West-Berlin

1989: Die Grünen stellen Otto Schily nicht mehr als Bundestagskandidaten auf; er tritt von den Grünen zur SPD über. Die Grünen scheitern an der 5%-Hürde

31. Mai 1989: Die Bauarbeiten an der Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf werden eingestellt

1990: Hans-Christian Ströbele bezeichnet den Staatsvertrag zur Deutschen Einheit als „größte Landnahme der deutschen Industrie seit den Kolonialkriegen“

1990-1998: Otto Schily ist Mitglied des Deutschen Bundestages für die SPD

1990-1991: Hans-Christian Ströbele ist Sprecher der Grünen

1993-1994: Otto Schily ist Vorsitzender des Treuhand-Untersuchungsausschusses des Bundestages

1998-2005: Otto Schily ist Bundesminister des Innern

1998: Hans-Christian Ströbele ist Mitglied des Deutschen Bundestags für Bündnis 90/Die Grünen

1998: Auseinandersetzungen zwischen serbischer Sonderpolizei und „Befreiungsarmee für Kosovo“ (UCK) steigern sich zu kriegsähnlichen Kämpfen; die Zivilbevölkerung im Kosovo wird durch die Serben vertrieben

16. Januar 1998: Der „Große Lauschangriff“ wird vom Bundestag verabschiedet, akustische Wohnraumüberwachung zu Zwecken der Strafverfolgung erlaubt. Hans-Christian Ströbele kämpft mit allen Mitteln gegen den „Großen Lauschangriff“ – ohne Erfolg

Oktober 1998: Otto Schily wird als Bundesminister des Innern vereidigt; Er setzt in Absprache mit der CDU/CSU-Opposition den Großen Lauschangriff durch.

25. Februar 1999: Der deutsche Bundestag beschließt die Beteiligung der Bundeswehr an NATO-Bombardements im Kosovo. Auch die Grünen beschließen, dem Einsatz zuzustimmen – gegen den Willen von Hans-Christian Ströbele

23. März 1999: Beginn der Luftangriffe der Nato im Kosovo ohne UN-Mandat. Die Zerstörung serbischer Militär- und Infrastruktureinrichtungen soll die Vertreibung der Zivilbevölkerung des Kosovo durch die Serben beenden

25. März 1999: In einer Rede versucht Hans-Christian Ströbele, den Bundestag zu einer aktuellen Stunde zum Kosovo zu bewegen

1999: „G8-Plan“ und UN-Resolution für den Kosovo mit weitgehender Autonomie innerhalb Serbiens unter internationalem Protektorat

2000: Hans-Christian Ströbele sitzt im Untersuchungsausschuss der CDU-Spendenaffäre

12. August 2000: In einer Presseerklärung zu Horst Mahlers NPD-Beitritt steht, dass er das Grundgesetz für ein „Provisorium für die Übergangszeit bis zur Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches“ hält

11. September 2001: Terror-Anschläge auf Ziele in den USA. Innenminister Otto Schily bekennt sich zur uneingeschränkten Solidarität mit den Vereinigten Staaten

19. September 2001: Otto Schily legt ein Sicherheitspaket vor: Die Macht von Geheimdienst, Bundesgrenzschutz und Bundeswehr wird ausgebaut

14. Dezember 2001: Otto Schily legt ein zweites Anti-Terror-Gesetzespaket vor: Schärfere Bestimmungen für die Einreise von Ausländern, biometrischer Pass und stark erweiterte Kompetenzen für das Bundeskriminalamt

Januar 2002: Im NPD-Verbotsverfahren tritt SPD-Bundesinnenminister Otto Schily als Kläger gegen die NPD auf, Horst Mahler als Verteidiger der NPD; Hans-Christian Ströbele ist der parlamentarische Kontrolleur

2002: Die Grünen verweigern Hans-Christian Ströbele den sicheren Listenplatz für ein Bundestagsmandat; er gewinnt im Straßenwahlkampf in Kreuzberg ein Direktmandat. Kurz vor den Wahlen wird er beim Straßenwahlkampf von einem vorbestraften Neonazi mit einer Eisenstange niedergeschlagen. Er wird stellvertretender Fraktionsvorsitzender

2003: Nach Einstellung des Verbotsverfahrens tritt Horst Mahler aus der NPD aus

Februar 2004: Anklage gegen Horst Mahler wegen Volksverhetzung; er wird zu einer Haftstrafe von 9 Monaten verurteilt

8. Mai 2004: In Berlin wird ein vorläufiges Berufsverbot gegen Horst Mahler verhängt; er verliert zum zweiten Mal seine Anwaltszulassung

2005: Hans-Christian Ströbele gewinnt bei den vorgezogenen Bundestagswahlen erneut ein Direktmandat und wird stellvertretender Fraktionsvorsitzender

1. Juli 2007: Identifikationsnummer: jedem Bürger wird eine elfstellige Zahlenkombination zugeordnet, aus der Name, Wohnort, Geburtstag und das zuständige Finanzamt hervorgehen und die bis 20 Jahre nach dem Tod gilt

Sommer 2007: „Lex Schäuble“: die Wiedereinführung der Rasterfahndung, die Legalisierung der heimlichen Online-Durchsuchung von Privat-Computern sowie die Nutzung der Lkw-Maut-Daten für polizeiliche Zwecke, Lauschangriff, Videoüberwachung, Telefonüberwachung und digitaler Gesichtsdatenabgleich; Fingerabdrücke in RFID-Chips in Reisepässen, Speicherung biometrischer Daten bei den Meldeämtern

Mai 2008: Otto Schily kündigt für 2009 seinen Rückzug aus der Politik an

Februar 2009: Horst Mahler wird in München wegen Volksverhetzung und Holocaustleugnung zu zwölf Jahren Haft verurteilt

August 2009: Nach Abweisen der Revision durch den Bundesgerichtshof wird das Urteil gegen Horst Mahler rechtskräftig

September 2009: Bei den Bundestagswahlen verteidigt Hans-Christian Ströbele mit rund 47 Prozent der Wählerstimmen erneut sein Direktmandat im Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg. Er bleibt der einzige grüne Abgeordnete mit einem Direktmandat, nun schon seit drei Wahlperioden.

QUELLENTEXTE

Offener Brief an Farah Diba

„Seien Sie unbesorgt, das westliche Ausland wird nicht kleinlich sein, den Schah wegen ein paar Milliarden Unterschlagungen, Opiumhandel, Schmiergeldern für Geschäftsleute, Verwandtschaft und Geheimdienstler, dem bißchen Schmuck für Sie zu desavouieren. Ist er doch der Garant dafür, daß kein persisches Öl je wieder verstaatlicht wird, wie einst unter Mossadegh, nicht bevor die Quellen erschöpft sind, gegen Ende des Jahrhunderts, wenn die vom Schah unterzeichneten Verträge auslaufen. Ist er doch der Garant dafür, daß kein Dollar in Schulen fließt, die das persische Volk lehren könnten, seine Geschicke selbst in die Hand zu nehmen; sein Öl für den Aufbau einer Industrie zu verwenden und Devisen für landwirtschaftliche Maschinen auszugeben, um das Land zu bewässern, des Hungers Herr zu werden. Ist er doch der Garant dafür, daß rebellische Studenten und Schüler jederzeit zusammengeschossen werden und Parlamentsabgeordnete, die das Wohl des Landes im Auge haben, verhaftet, gefoltert, ermordet werden. Ist er doch der Garant dafür, daß eine 200000-Mann-Armee, 60000 Mann Geheimdienst und 33000 Mann Polizei, mit US-Geldern gut bewaffnet und wohl genährt und von 12000 amerikanischen Armee-Beratern angeleitet, das Land in Schach halten. Damit nie wieder passiert, was die einzige Rettung des Landes wäre: die Verstaatlichung des Öls, wie damals am 1. Mai 1951 durch Mossadegh. Man soll dem Ochsen, der drischt, nicht das Maul verbinden. Was sind die Millionen, die der Schah in St. Moritz verpraßt, auf Schweizer Banken überweist, gegen die Milliarden, die sein Öl der British Petroleum Oil Comp. (BP), der Standard Oil, der Caltex, der Royal Dutch Shell und weiteren englischen, amerikanischen und französischen Gesellschaften einbringt?“

von Ulrike Meinhof, 2.6.1967, auf einem Flugblatt als Aufruf zur Demonstration am Abend desselben Tags

Schlußerklärung der Internationalen Vietnam-Konferenz am 17./18. Februar 1968 in Westberlin

(...) Heute versucht der US-Imperialismus, über die NATO die westeuropäischen Metropolen in seine Politik der kolonialen Konterrevolution einzubauen. Aber der Befreiungskampf der Völker in der Dritten Welt verschärft die Widersprüche zwischen und innerhalb der imperialistischen Metropolen. Es kommt darauf an, diese Widersprüche zu analysieren und auszunützen. Die militärische Zusammenarbeit zwischen dem Haupt der kolonialen Konterrevolution, den USA und den westeuropäischen Ländern muß zerbrochen, ihre Agentur, die NATO, muß zerschlagen werden. Der Kampf gegen die US-Aggression in Vietnam muß zugleich ein Kampf gegen die imperialistische Politik der kapitalistischen Länder Westeuropas sein. Eine zweite revolutionäre Front gegen den Imperialismus in dessen Metropolen kann nur dann aufgebaut werden, wenn die antiimperialistische Oppositionsbewegung lernt, die spätkapitalistischen Widersprüche politisch zu aktualisieren und den Kampf um revolutionäre Lösungen in Betrieben, Büros, Universitäten und Schulen aufzunehmen (...)

Quelle: Der Kampf des vietnamesischen Volkes und die Globalstrategie des Imperialismus – Internationaler Vietnam-Kongreß-Westberlin, herausg. v. SDS Westberlin und Internationales Nachrichten- und Forschungs-Institut (INFI), Redaktion: Sybille Plogstedt, Westberlin 1968

Die Polizeischlacht von Berlin

Nach der Tragödie: Die Verantwortlichen spielen sich als Unschuldige auf

Eine Demonstration von einigen Hundert Studenten gegen den Schah von Persien hat West-Berlin an den Rand des Chaos gebracht und die schwerste politische Krise seit dem August 1961 heraufbeschworen. Die Berliner Polizei, vor die Aufgabe gestellt, gegen eine das Demonstrationsrecht überschreitende kleine Gruppe unter den Demonstranten vorzugehen, gebärdete sich als wild gewordenes Rollkommando. Diese Polizei ist nicht nur stärker, sondern auch angeblich besser ausgebildet als die irgendeines Bundeslandes – der besonderen Situation der Stadt entsprechend. Aber sie erwies sich trotz ihrer großen Übermacht als unfähig, eine Ansammlung erregter Studenten mit angemessenen Mitteln unter Kontrolle zu halten. Berlins politische Führung aber, die seit Monaten ihre Hilflosigkeit gegenüber der oppositionellen Studentenschaft demonstriert hat, versagte in der ersten Bewährungsprobe, vor die der Senat Albertz gestellt ist – jener Senat, der mit so vielen Vorschusslorbeeren bedacht wurde, der Regierende Bürgermeister, der »einiges anders«, nämlich besser als sein Vorgänger machen wollte, scheinen in der ersten Krise den Kopf zu verlieren.

Das Unbegreifliche begann beim Eintreffen des Schahs vor dem Schöneberger Rathaus am Freitagmorgen. Polizei und Protokoll postierten eine »schahfreundliche« Persergruppe vor den Absperrungen. Die Iraner stürzten sich plötzlich auf die dicht gedrängten Neugierigen und Demonstranten und schlugen mit Stahlruten, Totschlägern und Holzlatten auf sie ein. Die Polizei bildete für diese Aktion Spalier. Sie griff erst nach mehreren Minuten ein. Sie nahm nicht einen der Schläger fest und weigerte sich, Personalien festzustellen. Das alles geschah vor den Augen des Innensensors. Dieser Schlägertrupp, zum Teil mit Pistolen und Ausweisen des persischen Geheimdienstes ausgerüstet, wurde dann am Abend von zwei städtischen Bussen in der Kolonne der Ehrengäste zur Oper gefahren. Dort durften die Perser sich wieder vor der Absperrung formieren, konnten ungehindert Steine in die Demonstranten werfen und später an der Jagd der Polizei auf die Studenten teilnehmen.

Was vor der Oper geschah, verlief zunächst nach dem Generalstabsplan des Polizeipräsidenten Dünsing. Er hatte die Anweisung gegeben, bis zum Eintreffen des Schahs nicht massiv gegen die Demonstranten vorzugehen, um dem Kaiserpaar den Anblick einer Straßenschlacht zu ersparen. Als sich die Türen der Oper hinter dem Ehrengast Dünsing geschlossen hatten und drinnen die Nationalhymnen erklangen, wurde draußen weisungsgemäß der Befehl »Knüppel frei« gegeben. Das geschah zu einem Zeitpunkt, an dem – wie der Polizeipräsident sich später ausdrückte – »der Kampfauftrag erfüllt« war und der Schah, nur verbal belästigt, die Oper sicher erreicht hatte. Das lässt nur einen Schluss zu: Es sollte ein Exempel statuiert werden – mit Gummiknüppeln. Der Polizeipräsident erklärte seine Strategie auf einer Pressekonferenz mit dem Bild einer Wurst, deren linkes Ende stinkt: »Nehmen wir die Demonstranten als Leberwurst, nicht wahr, dann müssen wir in die Mitte hineinstecken, damit sie an den Enden auseinanderplatzt.« Immerhin kehrte Dünsing zum Höhepunkt der Schlacht aus der Oper auf seinen – wie er sagte – »Gefechtsstand« zurück. Er muss demnach Zeuge der scheußlichen Szenen gewesen sein, die sich um diese Zeit abspielten. Einige seiner Beamten übten gnadenlose Selbstjustiz – unter den Augen und mit Duldung ihres Behördenchefs und der Einsatzleiter.

Offenbar um die Kampfesfreude der Beamten zu steigern, wurde zunächst als Flüsterparole, dann von einem Einsatzleiter über Lautsprecher die Nachricht verbreitet, ein Polizist sei durch Messerstiche von Demonstranten getötet worden. Dünsing konnte auch dieses »Missverständnis« später der Presse erklären: Ein Beamter habe, von einem Stein am Kopf getroffen, »geblutet wie ein Schwein«. Da das Blut am Hals heruntergelaufen sei, habe man vermutet, ihm sei die Halsschlagader durchstoßen worden. Dass diese Nachricht noch über Lautsprecher verbrei-

tet wurde, als der verletzte Beamte sich längst zum Einsatz zurückgemeldet hatte, ist freilich ein Schönheitsfehler in dieser Geschichte.

Vor der Oper und später in den Straßen der Innenstadt rächten die Polizisten den »Mord« an ihrem Kameraden. Bei einer dieser Selbstjustiz-Aktionen wurde der Student Benno Ohnesorg erschossen. Wie es zu den Schüssen kam, darüber werden von offizieller Seite – nachdem der Gebrauch von Schusswaffen zunächst überhaupt abgestritten worden war – mittlerweile vier Versionen verbreitet. Keine stimmt mit den Berichten der vielen Augenzeugen überein. Fest steht, dass Ohnesorg, bevor oder nachdem er von einer Kugel in den Hinterkopf getroffen worden war, schwer misshandelt wurde. Die Obduktion ergab Prellungen und Blutergüsse durch Schlägeinwirkung am ganzen Körper des Toten. Dem Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses Löffler erklärte ein Oberwachtmeister vor der Oper: »Warum hat der Kriminalbeamte nur geschossen? Wir hatten den Demonstranten doch schon sicher.« Der Polizeipräsident bleibt jedoch bei der Behauptung, seine Beamten hätten überhaupt nicht bemerkt, dass jemand niedergeschossen worden sei. Die Reaktion der politischen Führung auf die Ereignisse des zweiten Juni disqualifiziert den Senat dieser Stadt. Es begann mit einer Erklärung des Regierenden Bürgermeisters, die nicht mit einem einzigen Wort den Tod des Studenten bedauerte. Albertz bedauerte stattdessen, dass ein »Gast der Bundesrepublik Deutschland in der deutschen Hauptstadt beschimpft und beleidigt« wurde. Er bedankte sich zugleich bei der Polizei für ihre äußerste Zurückhaltung – nachdem er von dem Todesopfer und der großen Zahl Schwerverletzter unterrichtet worden war. Es ist verständlich, dass die Studenten diese Erklärung »zynisch« nannten. Sie offenbart zumindest einen bedenklichen Mangel an menschlichem und politischem Takt.

Durch Falschmeldungen, Verweigerung von Informationen und Mangel an Informiertheit verschleierten Senat und Polizei die Vorfälle. Erst der Rechtsanwalt der Studenten informierte die Pressevertreter von der Tatsache, dass Benno Ohnesorg erschossen worden war. Am Sonnabend stellte sich weder ein Mitglied des Senats noch der Polizeipräsident der Presse. Der Senatssprecher wurde allein an die Front geschickt – falsch oder unvollständig informiert. Als dann am Montag Innensenator Busch und Polizeisenator Dünsing auf einer Pressekonferenz erschienen, musste ein ausländischer Journalist darum bitten, die Fragen seiner Kollegen doch auf angemessenem Niveau zu beantworten. Auf kaum eine wesentliche Frage wurde eine präzise Auskunft gegeben. So konnte der Innensenator drei Tage nach dem Geschehen noch immer nicht die vollständige Zahl der verletzt im Krankenhaus liegenden Opfer der Polizeiaktion bekannt geben. Seine Begründung: Ein städtisches Krankenhaus verweigere mit Berufung auf die ärztliche Schweigepflicht die Auskunft. So ist es kein Wunder, dass sich das Gerücht hält, es gebe noch weitere Todesopfer der Ausschreitungen vor der Oper.

Regierender Bürgermeister, Senat und Polizeipräsident haben kein Wort der Kritik an den Polizeimaßnahmen geäußert. Sie billigten Form und Umfang der polizeilichen Maßnahmen wiederholt und ohne Vorbehalt – ohne die Ergebnisse der Ermittlungen abzuwarten. Sie traten eine panische Flucht nach vorn an. Der Justizsenator wurde beauftragt, die Einrichtung von Schnellgerichten vorzubereiten, »um die Kriminalität nachhaltig bekämpfen zu können, mit der Sicherheit und Ordnung in unserer Stadt untergraben werden«. Der Senat verhängte zunächst ein generelles Demonstrationsverbot über die Stadt und setzte damit das Grundrecht der Versammlungsfreiheit außer Kraft. Später modifizierte er: Jeder Antrag, eine Studentendemonstration durchzuführen, werde einzeln geprüft und abgelehnt. Juristisch vertretbar scheint das Versammlungsverbot weder in der einen noch in der anderen Version. Der Senat war überdies bestrebt, auch Zusammenkünfte der Studenten innerhalb der Universität mit polizeilichen Maßnahmen zu verhindern. Das freilich scheiterte am Widerstand des Rektors und einiger Dekane. Sie stellten den Studenten die Hörsäle ohne Einschränkung für Diskussionen und Protestversammlungen zur Verfügung. Zur Verschärfung der Lage trugen die auflagenstärksten Berliner Zeitungen bei. Da wurde der »schahfreundliche« persische Schlägertrupp in einer Bildunterschrift zu studentischen Demonstranten, die die Polizei angriffen. Da rief die BZ »Arbeiter, Angestellte und Beamte« zum Widerstand gegen

die »Rabauken« auf, »deren Dasein zu einem nicht geringen Teil von den Steuergeldern der hart arbeitenden und um ihre Existenz ringenden Bevölkerung getragen wird«. Da schürte schließlich Bild Pogromstimmung mit der Schlagzeile: Studenten drohen: Wir schießen zurück und der Unterzeile: Sanfte Polizei-Welle.

Nur der besonnenen Haltung der Vertreter der Studentenschaft, die ihre Kommilitonen mehrmals im letzten Augenblick vor unbedachten Aktionen zurückhielten, ist es zuzuschreiben, dass auf die Ereignisse am Freitag nicht eine zweite Katastrophe folgte. Doch noch gleicht die Innenstadt einem Heerlager. In der Innenstadt und im Bereich der Freien Universität stehen Tag und Nacht Mannschaftswagen der Polizei zum Einsatz bereit. Eine Entspannung der Lage ist nicht abzusehen. Eine Politik der Härte aus Schwäche wird jene Probleme nicht lösen, die durch Versäumnisse und Fehler der Vergangenheit geschaffen wurden. Politische Führung, Polizei und örtliche Presse haben dazu beigetragen, dass sich die Mehrheit der Studenten mit einer radikalen Minderheit solidarisierte.

Kai Hermann, Die Zeit, 9.6.1967

Die Krise der Außerparlamentarischen Opposition

„Wir müssen erkennen, daß es uns angesichts der hochgradigen und verhältnismäßig stabilen Entfremdung der Arbeiterklasse noch nicht möglich ist, den sozialen und politischen Kampf des Proletariats für seine Interessen unmittelbar zu organisieren. Das führt zu der weiteren Schlußfolgerung, daß es im gegenwärtigen Stadium nicht darum gehen kann, eine proletarische Klassenpartei aufzubauen, denn diese ist ohne maßgebliche Beteiligung der Proletarier selbst nicht denkbar. Sozialistische Gruppierungen im akademischen Bereich oder dessen Nachbarschaft könnten nur die Karikatur einer Arbeiterpartei sein (und sind es in der Tat!). Eine proletarische sozialistische Partei kann sich nur in den Maß entwickeln, wie sich das proletarische Klassenbewußtsein in der Arbeiterklasse selbst entwickelt. Trotz der spektakulären Entwicklung der Außerparlamentarischen Opposition stehen wir nach wie vor im Vorfeld der politischen Organisation der Arbeiterklasse. Die politische Bedeutung der Aktionen der Außerparlamentarischen Opposition besteht unter anderem darin, daß sie sich im Ansatz als eine Massenbewegung erwiesen hat und dadurch die Erwartung in das gesellschaftliche Bewußtsein getreten ist, daß sich diese Massenbewegung früher oder später einen organisatorischen Ausdruck verschaffen wird.“

Horst Mahler am 15.6.1968 in einer Rede im Republikanischen Club

„Eine ‚Bild‘-Schlagzeile ist mehr Gewalt

Eine Dokumentation über die Oster-Unruhen und ihre Ursachen:



Schlagzeilen aus Springer-Zeitungen: „Springer ist ein sehr vermögender Herr...“

Der SPIEGEL, der letzte Woche die Veröffentlichung einer Dokumentation über die Oster-Revolution deutscher Studenten begann, untersucht in dieser Woche die Rolle des Springer-Konzerns vor und nach dem Attentat auf den SDS-Führer Dutschke. Seit über zwei Jahren haben die Springer-Blätter „Bild“, „Welt“, „Hamburger Abendblatt“, „BZ“ (Berlin) und „Berliner Morgenpost“ die unruhigen Studenten verteuftelt; die Reaktion der Rebellen war entsprechend. Politiker, Professoren und andere Zeitgenossen urteilten unterschiedlich über die publizistische Macht des Springer-Konzerns.

1. Fortsetzung

„Bild“ vom 7. Februar 1966 über eine Vietnam-Demonstration Berliner Studenten:
Dämmer geht's nicht... Es ist an der Zeit, diesen Leuten mit aller Deutlichkeit zu sagen: ... Zwei Millionen Berliner lassen sich nicht von 1500 Wirrköpfen auf der Nase herumtanzen. Sie werden dafür sorgen, daß in Zukunft ähnlichen Demonstrationen die gebührende Antwort zuteil wird.

Leserbrief in der „Berliner Morgenpost“ vom 9. Februar 1966:
... das Trojanische kommunistische Pferd ist in Berlin, es hat Unterschlupf gefunden bei den Studenten... Franz Labudda, Berlin 20.

„Bild“ vom 6. April 1967 über das studentische Happening der „Kommune 1“ gegen US-Vizepräsident Humphrey (Wurgeschoße aus Weizenmehl und Joghurt):
Mit Bomben und hochexplosiven Chemikalien, mit sprengstoffgefüllten Plastikbeuteln — von den Terroristen „Mao-Cocktail“ genannt — und Steinen haben Berliner Extremisten einen Anschlag auf den Gast unserer Stadt vorbereitet.

„Berliner Morgenpost“ vom 6. April 1967:
FU-Studenten fertigten Bomben mit Sprengstoff aus Peking.

„BZ“ vom 7. April 1967:
... Was tut sich da für ein Abgrund von Gesinnungslumperei auf! Diese Jungakademiker sollen einmal in leitende Stellungen rücken. Sollen uns regieren, verwalten und belehren. Diese rüden Burschen?

„Berliner Morgenpost“ vom 8. April 1967:
... Mit beschwichtigenden Reden und Nachsicht werden wir sie weder zur Vernunft noch zur Friedfertigkeit verlocken können. Im Gegenteil... Wie lange noch will der Senat, wie lange noch wollen die Berliner sich das ansehen?

„Die Welt“ vom 21. April 1967:
... zunächst einmal gehört auf einen groben Klotz ein grober Keil.

DEUTSCHLAND

als ein Stein am Polizisten-Kopf“

die Rolle des Verlagshauses Axel Springer



Oster-Spaziergang

Bild



„Jetzt wird ein Abfluß gebaut, Die Welt bevor's 'ne Überschwemmung gibt“



Berliner Stadtreinigung.

Berliner Morgenpost



„Darf ich zum Fußballspiel gehen — oder randalieren Sie dort auch?“ Mopo



„Darf meine Frau heute ins KaDeWe gehen?“

Bild



Die Eskalation der Gewalt Die Welt

... er könnte sich die Wanzen bold vom Leibe schaffen“: Karikaturen aus Springer-Zeitungen

Die Baader-Befreiung und Gründung der RAF wird in einer Szene-Zeitschrift anonym (vermutlich von Ulrike Meinhof) kommentiert:

DIE ROTE ARMEE AUFBAUEN!

(...) Die Baader-Befreiung war auch kein Deckchensticken. ... Ihr habt klar zu machen, daß das sozialdemokratische Dreck ist, zu behaupten, der Imperialismus ... ließe sich ... kampflos abschaffen. Macht das klar, daß die Revolution kein Osterspaziergang sein wird. Daß die Schweine die Mittel natürlich soweit eskalieren werden, wie sie können, aber auch nicht weiter. Um die Konflikte auf die Spitze treiben zu können, bauen wir die Rote Armee auf. Ohne gleichzeitig die Rote Armee aufzubauen, verkommt jeder Konflikt ... zu Reformismus. (...)

DIE KLASSENKÄMPFE ENTFALTEN
DAS PROLETARIAT ORGANISIEREN
MIT DEM BEWAFFNETEN WIDERSTAND BEGINNEN
DIE ROTE ARMEE AUFBAUEN !

Quelle: Agit 883, Ausgabe 5.6.1970, S. 6

Host Mahler: Der Foltervorwurf - eine Propagandalüge

Es muß aufhören, daß immer mehr junge Menschen in den bewaffneten Untergrund getrieben werden – der RAF und ihren Nachtretern in die Arme. Seit dem Sommer 1972 – nach der Verhaftung von Andreas Baader und Gudrun Ensslin – ging es bei fast allen Aktionen der RAF und ähnlicher Gruppen um die Befreiung der inhaftierten RAF-Mitglieder und um die Verbesserung ihrer Haftbedingungen. Ausgeführt wurden die Kommando-Unternehmen von noch sehr jungen, sehr idealistisch gesonnenen und zu jedem Opfer bereiten Menschen, die ausnahmslos die Empörung über die extremen Haftbedingungen zum äußersten trieb.

Gewiß, sie haßten ohnedies den westdeutschen Staat wegen seiner faschistischen Vergangenheit und seiner gegenwärtigen Verstrickung in die imperialistischen Kriege der USA; aber erst die Vorstellung, daß die gefangenen Guerilleros – wie sie es sahen – in den Gefängnissen langsam zu Tode gefoltert wurden, brachte sie dazu, sich den bewaffneten Gruppen anzuschließen. So entstand ein Teufelskreis, in dem wir noch heute gefangen sind.

Die RAF verkam zu einer „Befreit-die-Guerilla-Guerilla“. (...) Sie produziert immer mehr Tote und gefangene Terroristen in immer schlechteren Haftbedingungen, dadurch immer mehr Terroristen und einen immer größeren Handlungsdruck für die bewaffneten Kerne, ihre Genossen aus dem Gefängnis zu befreien. Und kein Ende ist abzusehen. (...)

Diese elende Hungerei hat nicht nur eine höchst wichtige Waffe des gewaltfreien Widerstandes für lange Zeit stumpf gemacht, sondern auch die körperliche Gesundheit der Inhaftierten in gefährlicher Weise untergraben. Die dadurch verursachten Leiden werden heute in Folgen der „Isolationsfolter“ umgelogen. Dieser Schwindel wird noch geglaubt, und weil immer noch so viele auf dieses Theater hereinfliegen, scheinen sich Hungerstreiks nach wie vor zu lohnen. So setzt die Einfältigkeit der Linken eine Bedingung dafür, daß die RAF-Gefangenen sich weiter dem Tode entgegenhängen. (...)

Quelle: Der Spiegel, Heft 50/1978

Die Stadtguerilla in Form der RAF ist nun Geschichte

(...) Es ist uns nicht möglich, auf eine glatte und fehlerlose Geschichte zurückzublicken. Aber wir haben etwas versucht und dabei viele von den Herrschenden gesetzte und von der bürgerlichen Gesellschaft verinnerlichte Grenzen überschritten. Die RAF konnte keinen Weg zur Befreiung aufzeigen. Aber sie hat mehr als zwei Jahrzehnte dazu beigetragen, daß es den Gedanken an Befreiung heute gibt. (...)

Quelle: Auflösungserklärung der RAF vom 20.4.1998

Die Friedensbewegung der 80er Jahre

Die Entfaltung des Koordinationsausschusses (KA) auf nationaler Ebene war nur möglich, weil sich in der gesamten Republik ein dichtes Netz von sehr unterschiedlichen Friedensgruppen ausbreitete, die die Ideen und Vorschläge des KA in ihre Arbeit aufnahmen. Denn die Grundorientierungen der vorgestellten Spektren wurden auch vor Ort vertreten, so daß die Basis die zentralen „Bonner Themen“ diskutierte und meist auch für die anstehenden Demonstrationen mobilisierte. Eigenständige Aktionen erweiterten diesen äußerst günstigen Diskussions- und Handlungsrahmen noch.

Ein wesentliches Kennzeichen und Lebenselement der Friedensbewegung zu Beginn der achtziger Jahre war das starke Fundament regionaler, örtlicher und stadtteilbezogener Friedensinitiativen, die im Jahr 1983 nach den Schätzungen ein Potential von rund 4000 bis 6000 Initiativen ausmachten.

Viele Initiativen, deren Potential sich aus Sympathisanten, „Bewegten“ und Aktivisten zusammensetzt, hatten entweder einen gemeinsamen Ausgangspunkt oder Bezug zu kirchlichen, beruflichen, gewerkschaftlichen und (partei-) politischen Gruppen, oder bildeten sich an ihrem Ort als politisch gemischte Initiative, offen für alle Interessenten. Die spezifische Situation von Blockade- und Bezugsgruppen, die sich auf die Vorbereitung von Aktionen Zivilen Ungehorsams konzentrierten, rundet das Feld der Basisinitiativen ab.

Es existierten zu Beginn der achtziger Jahre in der gesamten Bundesrepublik vielfältige Vernetzungen zwischen den Friedensinitiativen, die sich regional oder auf Stadtebene ausbildeten und sich über regelmäßige Treffen und Konferenzen sowie Friedensläden oder Friedensbüros organisierten und austauschten. Auf Kreis-, Großstadt- und Bundeslandebene existierten zudem weitere Strukturen, die länderspezifisch ihre eigene Ausprägung hatten. (...)

Der wichtigste Anstoß der Friedensbewegung zu Beginn der achtziger Jahre – die Nachrüstung neuer Mittelstreckenraketen – bildete bis Ende 1983 und mit ihren Nachwirkungen auch noch 1984 den zentralen Kristallisationspunkt in der Friedensbewegung. Dieser Nachrüstungsban entfaltete in der Hochphase der Mobilisierung eine enorme Integrationswirkung für die unterschiedlichen Spektren in der Friedensbewegung. (...) Unter dem Dach der einfachen Forderungen gegen „Pershing II“ und „Cruise Missiles“ versammelten sich alle, die eine Kurskorrektur in der Sicherheitspolitik herbeiführen wollten, ein Abrüstungssignal erwarteten oder ihren Protest ausdrückten.

Die Konzentration aller Energien auf bestimmte Waffensysteme erwies sich jedoch spätestens ab November 1983 als strukturelles Problem, da trotz jahrelanger Proteste der Bundestag den „Nach-

rüstungsbeschuß“ mehrheitlich bestätigte. Auf diese kollektive Erfahrung der Niederlage und dem Gefühl vieler Aktiver, sich vergeblich für Abrüstung eingesetzt zu haben, war die Friedensbewegung nicht vorbereitet. Eine nachvollziehbare, schlüssige Antwort fehlte in dieser Situation.

Quelle: www.friedenskooperative.de/netzwerk/histo008.htm

Die Grünen: Interne Auseinandersetzungen

Die Entwicklung der Grünen war ein konfliktreicher Prozess, denn schon zu Beginn der Parteigeschichte zerfiel die Partei in verschiedene Flügel.

Die frühen 1980er Jahre wurden parteiintern von den Ökosozialisten geprägt, die dem Marxismus sehr nahe standen. Sie sahen die ökologische Krise in der Bundesrepublik als Ergebnis einer allgemeinen Krise des Kapitalismus, als Folge des privaten Eigentums an Produktionsmitteln. Deshalb forderten sie eine „ökologische Sozialisierung“.

Ende 1983 entstand in Baden-Württemberg mit den Ökolibertären ein Gegengewicht zu den damals dominanten Ökosozialisten. Verantwortlich für die ökologische Krise waren aus ihrer Sicht ein „entfesselter“ Kapitalismus sowie der Bürokratismus der Wohlfahrtsstaaten.

Aus dem Wissen um die Endlichkeit der natürlichen Ressourcen sollte die verantwortliche Erhaltung und Pflege der Natur an die Stelle ihrer Ausbeutung treten. Die Ökolibertären forderten eine konsequente Dezentralisierung von Großkonzernen und der Staatsbürokratie, wobei sie sich nicht prinzipiell gegen das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik wandten.

Anfangs waren in der Partei auch ökologisch-konservative Strömungen vorhanden, etwa die Grüne Aktion Zukunft (GAZ). Die verließen allerdings die Partei bereits in den frühen 1980er Jahren.

Die Grünen: Fundi-Realo-Kontroverse

Neben Fragen um das Programm und die Ziele der Grünen stellte sich die Frage nach der richtigen Strategie zur Umsetzung dieser Ziele. Schon vor Gründung der Partei hatte es in der Ökologie-Bewegung Auseinandersetzungen um das politische Vorgehen – auch um die Gründung einer Partei selbst – gegeben. Sie setzten sich nach der Gründung der Grünen im Konflikt von fundamentalistisch-radikalem und realpolitisch-reformorientiertem Lager fort, der als Fundi-Realo-Kontroverse bekannt wurde.

Die Realos um ihre wichtigsten Vertreter Joschka Fischer und Hubert Kleinert schlossen eine Koalition mit der SPD sowie eine Regierungsbeteiligung nicht aus. Sie befürworteten eine konstruktive parlamentarische Arbeit, um so das politische System zu beeinflussen. Die Ökolibertären waren eher den Realos zuzurechnen.

Die Fundis hingegen sprachen sich gegen parlamentarische Bündnispolitik oder Regierungsbeteiligungen aus. In Parlamenten sollten lediglich die Forderungen der Grünen öffentlich gemacht werden, die Arbeit in den Neuen Sozialen Bewegungen sollte an erster Stelle stehen. SPD-Minderheitsregierungen sollten nur im Notfall toleriert werden, um dann die Sozialdemokraten als reformunwillig und -unfähig zu entlarven. Hauptvertreter der Fundis waren die Ökosozialisten um Jutta Dittfurth und Jan Kuhnert.

Letztendlich konnten sich die Realos als dominante Strömung durchsetzen. Allerdings kommt die Fundi-Realo-Kontroverse bei der innerparteilichen Willensbildung immer wieder zum Vorschein, wenn auch nicht mehr in der gleichen Intensität wie in den Anfangsjahren.

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung

www1.bpb.de/themen/K5WUA2,0,0,Geschichte_von_B%FCndnis_90Die_Gr%FCnen.html

Otto Schily wird 2005 als Negativpreis der „Big Brother Lifetime Award“ verliehen

Aus der Begründung für die Preisverleihung:

„(...) Schily hat nicht nur die Rollen, sondern die Seiten gewechselt – und zwar kompromisslos: Aus dem eloquenten Strafverteidiger, der im Interesse seiner Mandanten rechtsstaatliche Prinzipien gegen staatsautoritäre Übergriffe verteidigte, wurde spätestens in seiner Funktion als Bundesinnenminister ein autoritärer Staats-Anwalt, der die Macht des Staates zu Lasten der individuellen Freiheitsrechte ausgebaut hat. Schily machte den Staat zu seinem Mandanten, für dessen Autorität und Stärke er sich auf geradezu fundamentalistische Weise eingesetzt hat. (...)“

Quelle: <http://www.bigbrotherawards.de/2005/.life>

Das Schulmaterial wurde zusammengestellt von:

BLOCKschrift
Journalismus und Public Relations
Martin Block
Boisseréestr. 3
50674 Köln
Telefon: 0221 / 132099
Fax: 0221 / 9123044
Email: Martin.Block@BLOCKschrift.de
www.blockschrift.de

DIE ANWÄLTE - EINE DEUTSCHE GESCHICHTE ist im Verleih von:

Real Fiction Filmverleih
Hansaring 98
50670 Köln
Telefon: 0221 / 9522111
Fax: 0221 / 9522113
Email: info@realfictionfilme.de
www.realfictionfilme.de